

Bezugspreis: Vierteljährlich 180.- M., monatlich 60.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilspalte kostet 25.- M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 19. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

An unsere Mitglieder!

Zum Schutze der Republik hatten wir Euch ausgerufen, als der Mordanschlag an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr enthüllte.

Die Schaffung der Einheitsfront

Der Arbeiter, Angestellte und Beamten ist zur großen und weithin wirkenden Tatsache geworden. Sie muß dauern, geschlossener und stärker werden bis zur unauflösbaren Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats!

Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutze der Republik haben Regierung und Reichstag beschlüssigt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet.

Das Gesetz zum Schutze der Republik

festsetzt die Zugehörigkeit zu geheimen Mordorganisationen mit dem Tode; schwere Strafen trifft Gewalttäter gegen die Republik und wehrt dem gefährlichen Kampfe gegen ihre Einrichtungen und Symbole.

Ein Staatsgerichtshof

ist gebildet, in dem keine Monarchisten und Nationalisten sitzen. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht spricht.

Das Gesetz über die Reichskriminalpolizei

bedeutet den Anfang einer Reichs-Erekrutive und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig von dem mangelnden Eifer oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengesetz

gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Betätigung der Beamten der deutschen Republik.

Das Amnestiegesetz

gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches verfangen haben, oder Opfer der Klassenjustiz geworden sind, die Freiheit zurück.

Freiheit, unsere Forderungen sind nicht reiflos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Strafenterror.

Nach dem Selbstmord der Mörder.

In der Geschichte der Kriminalistik steht die außerordentlich rasche Aufklärung des Rathenau-Mordes und die Ergreifung sämtlicher Täter sowie etwa zwanzig Teilnehmer Mitwissender wohl einzig da. Es mag natürlich bedauerlich erscheinen, daß Fischer und Kern sich der Gerechtigkeit durch Selbstmord unmittelbar vor ihrer Festnahme entzogen haben.

Die Leistungen der preussischen Polizeibehörden in der Mordsache Rathenau verdienen jedenfalls hohe Anerkennung und beweisen, daß diese in der Hand der republikanischen Regierung ein wirkungsvolles Instrument im Kampfe gegen das rechtsradikale Verbrechertum bildet.

Trotz aller Mängel im einzelnen bedeuten

die Gesetze in ihrer Gesamtheit

eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Republik kann jetzt wirksam geschützt, ihre Gegner können lahmgelegt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschlossenheit und Fähigkeit beweist.

Deshalb hatten sich

die sozialdemokratischen Parteien

bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, einer Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik eine feste republikanische Mehrheit zu sichern und zugleich den sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken.

Dagegen erhoben sich

in zähem Widerstand alle bürgerlichen Parteien.

Sie fürchteten den verstärkten Einfluß der zusammengeflohenen, vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie stellten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Forderung der gleichzeitigen Aufnahme der Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein mußte, größere Geschlossenheit.

Bildung der Arbeitsgemeinschaft

der sozialdemokratischen Fraktionen. Aber der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen, die Frage der Auflösung des Reichstags stand damit zur Entscheidung.

Einst und eingehend, unserer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage geprüft. Auflösung des Reichstages bedeutete Verzögerung der Gesetze zum Schutze der Republik. Uns stand ihre Verabschiedung höher.

Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringenden Lösungen der Reparationsfrage, sie hätten die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Markt bescheinigt, die Preissteigerung gefördert und so die Arbeiterklasse besonders geschädigt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort! Für ihn zu rufen ist jetzt wichtigste Aufgabe, ernsteste Pflicht.

Was wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit. Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfboden für die Durchsetzung des Sozialismus.

Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden.

Berlin, 18. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Es ist der Polizei vorgeworfen worden, sie habe gegen die elementarsten Regeln der Kriminalistik verstoßen, als sie, anstatt die fortschreitenden Ermittlungen bis zuletzt geheim zu halten, die breiteste Oeffentlichkeit davon in Kenntnis setzte.

Es hat sich also gezeigt, daß die „elementarsten Regeln“ der Kriminalistik nicht in jedem Falle angebracht sind und daß dieses Abweichen von dem Grundsatz der Geheimhaltung gerechtfertigt und notwendig war.

Reichstagschluß.

Annahme der Schutzgesetze.

Der Reichstag nahm am Dienstag nachmittag in namentlicher Abstimmung das Gesetz zum Schutze der Republik mit Zweidrittelmehrheit an. Abgegeben wurden 409 Stimmen, mit Ja stimmten 309, mit Nein 102 Abgeordnete, vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Anschließend wurde das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik in namentlicher Abstimmung ebenfalls mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Es stimmten für das Gesetz 278 Abgeordnete, dagegen 137, einer enthielt sich der Stimme.

Ebenfalls wurde das Gesetz über die Errichtung eines Reichspolizeiamts (Reichskriminalpolizei) mit großer Mehrheit angenommen; desgleichen fand das Amnestiegesetz mit großer Mehrheit Annahme.

Um 7 1/2 Uhr abends vertagte sich der Reichstag bis zum Herbst.

Als vor mehr als drei Wochen die Kunde von der rucklosen Ermordung Rathenaus durch die Welt eilte, erhob sich aus den Massen des arbeitenden Volkes ein Schrei der Empörung und beinahe der Verzweiflung. Wieder war einer der besten Männer der Republik dem schleichenden Mord zum Opfer gefallen, und nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre bestand bei vielen das Vertrauen nicht mehr, daß sich die Verwaltung und die Gesetzgebung fähig zeigen würden, dem Verbrechertum strafend in den Arm zu fallen.

Dieser Schrei ist nicht ungehört verhallt. Der ungeheure moralische Druck einer Bewegung, die fast das ganze Volk erfasst hatte, stachelte die Energie der Behörden an und setzte auch die schwerfällige Gesetzgebungsmaschine in Bewegung. Von den drei direkten Tätern bei Rathenaus Ermordung sitzt der eine in Haft, die beiden anderen haben den Sieg ihrer Verfolger anerkannt, indem sie unmittelbar vor ihrer Festnahme den Revolver an die Schläfe drückten. Duzende ihrer Mitverschworenen und Helfersheifer sind in sicherem Gewahrsam. Zum erstenmal kann man sagen, daß in der deutschen Republik die Republikaner nicht mehr Freiwild für die Monarchisten sind.

Die Gesetze gegen Mordbündelei und Monarchistenhefe sind verschärft. Ein Staatsgerichtshof ist eingesetzt, dessen Zusammensetzung ein Mißtrauen in die Unparteilichkeit der Justiz nicht mehr rechtfertigt. Den Beamten ist durch ein neues Disziplinargesetz zum Bewußtsein gebracht, daß die Republik nicht dazu da ist, Leute zu befehlen, die sie schänden und unterwählen. Das ist nicht alles, was wir brauchen, aber es ist trotz alledem nicht wenig, jedenfalls viel mehr, als man vor einem Monat noch für möglich gehalten hätte.

Die republikanische Schutzgesetzgebung ist von zwei Seiten her Angriffen ausgesetzt, aber nach beiden hin ist sie gedeckt. Von deutschnationaler Seite wird es so dargestellt, als ob es sich um freiheitsfeindliche Maßregeln und Ausnahmef Gesetze nach Art der Karlsbader Beschlüsse und des Sozialistengesetzes handle. Der Nachweis ist erbracht, daß die Republik auch jetzt noch viel toleranter ist, als es die Monarchie jemals war, und daß sie sich erst unter dem äußersten Zwang zu den jetzt getroffenen Schutzmaßnahmen entschlossen hat.

Wenn die Deutschnationalen gegen die Dreiviertelmehrheit des Reichstags anrennen, die dem Gesetz zum Schutze der Republik zugestimmt hat, so stoßen sie zunächst auf die Partei des Herrn Stresemann. Mögen sie sich mit ihr auseinandersetzen.

Auf der anderen Seite ist es die Demagogie der kommunistischen Gruppen, die sich in toten Sprüngen überschlägt. Für sie handelt es sich beim Gesetz zum Schutze der Republik entweder um eine ganz belanglose Maßnahme oder aber um ein — Antikommunistengesetz. Da es für sie längst ausgemachte Sache ist, daß wir Sozialdemokraten „Arbeiterverräter“ sind, dieses Thema sie also nur noch wenig reizt, wendet sich ihre besondere Liebe den Unabhängigen zu, die durch ihre Stimmen die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit zustande brachten, während sich die Kommunisten abermals mit den Deutschnationalen in der Negation vereinigen.

Die Größe der Mehrheiten, die sich bei den gestrigen Ab-

Stimmungen ergaben, ist erfreulich, und wird hoffentlich auch im Ausland dahin verstanden werden, daß im Reichstag der feste Wille besteht, die innerpolitischen Verhältnisse zu konsolidieren. Dieser Wille, auf dem der Frieden Europas und jede Hoffnung beruht, eine internationale Neuordnung der Staatsfinanzen herbeiführen zu können, wird freilich nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn ihm nicht immer wieder blinde Einseitigkeit von draußen her in den Rücken fällt. Die junge deutsche Republik, die nicht ins Chaos verfallen kann, ohne ganz Europa mitzureißen, kann sich nur schützen, wenn die Politik der Siegerstaaten endlich einmal aufhört, ihren Bestand zu unterwühlen.

Die Reichstagstagung schließt, trotz aller positiven Erfolge im einzelnen, mit einer ungelösten Krise. Sie ist dadurch entstanden, daß sich die bürgerlichen Mittelparteien in einem grotesken Mißverhältnis der politischen Situation zur Abwehr zusammenfanden, wo ein Angriff nicht vorhanden war. Es ist dem Verantwortungsgesühl der Unabhängigen zu danken, daß diese Krise nun in aller Ruhe gelöst werden kann, ohne in dramatischer Steigerung zu neuen schweren Erschütterungen zu führen.

Jetzt darf man sagen: „Kommt Zeit, kommt Rat.“ Unter einem Reichskanzler, dessen republikanische Gesinnungstreue in mehr als einer Feuerprobe erhartet ist, kann die Regierung weiter ihres Amtes walten, bis im Herbst die Stunde der Entscheidung über ihre fernere Gestaltung fallen wird. Bis dahin wird es sich zeigen, was es mit dem Bürgerblock auf sich hat, es wird sich aber auch bis dahin zeigen, was die Masse der sozialdemokratisch gesinnten werftätigen Volksgenossen zu leisten imstande ist, um sich wieder zu einer taktisch geschlossenen schlagkräftigen Einheit zu formieren.

Zum erstenmal seit sechs Jahren schließt ein Reichstagsabschnitt, ohne daß „SPD.“ und „USP.“ sich gegenseitig ihre angeblichen oder wirklichen Sünden vorwerfen. Zum erstenmal im Reichstag der deutschen Republik haben die 180 Sozialdemokraten ohne Unterschied der Fraktion bis zum Schluß fest nebeneinander ausgehalten. Man kann sagen, daß sie in diesem oder jenem gefehlt hätten, aber selbst wenn sie alles falsch gemacht hätten, wäre es besser, sie hätten dies gemeinsam getan, als daß sie sich aufs neue darüber, was richtig ist, zerfeilschten. Denn sind sie erst wieder einmal einig in Rat und Tat, dann erst besitzen sie die Möglichkeit, auf dem rechten Weg zum Ziel zu kommen. Sie werden niemals zum Ziel gelangen, solange der eine dahin, der andere dorthin zerrt.

In diesem Sinne dürfen wir mit dem Ausgang des letzten Reichstagsabschnitts zufrieden sein. Er hat uns nicht nur Erfolge gebracht, über deren Größe man streiten mag, sondern auch eine große Hoffnung, die zu erfüllen an uns ist!

Zur Neuwahl des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert hat bereits mehrfach den Reichskanzler ermahnt, zuletzt von Freudenstadt aus, die Neuwahl des Reichspräsidenten einzuleiten. Nachdem nunmehr der deutsch bleibende Teil Oberdeutschlands abgegrenzt und geräumt ist, hat der Reichspräsident abermals den Reichskanzler erneut dringend um Inberaumung der Wahl durch den Reichstag ersucht. Anlässlich dessen fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern statt. Einmütig wurde von den Vertretern sämtlicher Parteien die Auffassung vertreten, daß es nicht zweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen, daß dagegen die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach seinem Wiederausammentritt im Oktober vorgenommen werden soll. Dementsprechend ist anzunehmen, daß die Wahl wahrscheinlich im Dezember oder Januar erfolgt.

Der Stuttgarter Maschinengewerksbund. Die „U.“ behauptet, daß die Meinung von der Entdeckung eines großen Maschinenwerkes in Stuttgart frei erfunden sei. Wir entnehmen die Nachricht der „Dema“. Sie wird sich wohl äußern.

Sexualmorde.

Von Hans Hyan.

Um schwersten verständlich von allen Gefühlsverletzungen und sozialen Handlungen sind dem normal empfindenden Menschen die Sexualverbrechen, die Tötungen aus Wollust und perverter Grausamkeit. Empörung und Rachegefühl stammen in der Bevölkerung am heftigsten auf, wenn ein Individuum, um seinen perversten Trieben zu dienen, andere, harmlose Geschöpfe, zumeist Frauen und Kinder, abschachtet. Und doch sollte man niemals vorsichtiger sein, als bei der Beurteilung der aus sexuellen Motiven auflodernden Untaten.

Wie in der Kriminalität überhaupt, hat der Krieg mit all seiner das Leben mißachtenden Rohheit enorm fördernd eingewirkt auf diese Verbrechensspezies. Es ist ganz offenbar, daß die jahrelange Beschäftigung der menschlichen Phantasie mit Blut und Totschlag bei sehr vielen die Achtung vor dem Leben des Nächsten auf ein Nichts herabgemindert und die Lust am Töten zu einer seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr gekannten Form und Ausdehnung emporgehoben hat.

Keinen besseren Beweis für diese These kann man beibringen als die Taten des Massenmörders Schumann, der 1920 zum Tode verurteilt wurde und in der Folge, auch nach eigenem Wunsch und Willen, durch Heuters Will den Kopf verlor. Die Anzahl der von Schumann geopferten Menschenleben ist nicht festzustellen gewesen. Er trug die Parabelmystik mit reichlicher Munition stets bei sich und schoß, in diesen Fällen scheinbar ohne jede sexuelle oder räuberische Nebenabsicht, auf Menschen, wie ein Jäger auf Wild schießt. Die spätere Aufklärung dieser selteneren und für den Psychiater sehr interessanten Wurdemanie wurde durch Schumanns Hinrichtung unmöglich gemacht. Es handelte sich bei ihm zweifellos um jenen fetteren Typ des Sexualverbrechens, bei dem die Lust am Töten das Primäre ist und die damit eventuell verbundene Sexualhandlung nur als Begleiterscheinung betrachtet werden darf. Schumann war ausgesprochener Melancholiker. Sich nur in der Einsamkeit wohlfühlend und diese mit einer Art von fanatischer Naturreligion behaftend, zeigte er die letzten Stadien eines schrecklichen Nivisimus, für die ich in der gesamten Kriminalgeschichte eigentlich nur die Wurdemanie des Blaise Ferrage als Analogon finde.

Dieses fiesle Ungeheuer trieb am Ausgang des 18. Jahrhunderts sein Unwesen im nördlichen Frankreich. Zu Cateau, einem Dorf in der Grafschaft Comminges geboren (um 1757), soll er, obwohl klein von Statur, ein Mensch von ungewöhnlicher Körperkraft gewesen sein; von einer krankhaften Croitl offenbar, die seine Umgebung in Schrecken versetzte. Er war Maurer, ging aber, als er über die Zwanzig hinaus war, wie wenn er plötzlich zum reißenden Tier geworden wäre, in die Einsamkeit der Berge. An der Wand eines freilich aufstrebenden Berggipfels baute er seine Höhle. Von dort stieg er, wenn die Dämmerung einbrach, mit der Finte bewaffnet, herab und raubte, was ihm in den Weg kam, die Beute dann in sein Felsennest hinausschleppend. Ueber Kinder, Mädchen und Frauen ließ er her wie ein Wolf, sie zerfleischend und schändend. Aber dann überfiel er auch Männer, tötete und schlachtete sie und verzehrte ihr Fleisch, wie sich später herausstellte, oben in seiner Höhle. Dazumischen wurde Segé — das war sein eigentlicher Name — in den Marktflecken der Umgegend sichtbar. Und die Furcht vor ihm war perac,

Potemkin-Ludendorff.

Die deutschnationale Entlastungsoffensive.

Der Mann, der im entscheidenden Moment die Nerven verlor, bemutigt jetzt seine Ruhe, um in reaktionären Ententblätter anständig bezahlte Artikel gegen das neue Deutschland zu schreiben und aller Welt Interviews zu gewähren. So brachte er es kürzlich fertig, dem Berliner Korrespondenten des „Daily Express“ zu sagen, daß nach seiner Ansicht die Mordtat an Rathenau auf bolschewistische Initiative zurückzuführen sei. Jetzt ergänzt Ludendorff in der allzeit für ihn bereiten „Telegraphen-Union“ diese Behauptung durch eine bei ihm nicht besonders merkwürdig anmutende Gewaltkonstruktion.

Ludendorff meint: Der russische Oberst v. Freyberg war ein Gegner der Moskauer Sowjetregierung. Freyberg hatte Material über die Verbindung der deutschen Kommunisten mit den Sowjetleuten. Die Sowjetleute veranstalteten einen Leberfall auf Freyberg, um die kompromittierenden Schriftstücke zurückzuhalten. Aber, o Ludendorffsches Schlachtenglück, Freyberg behielt das entscheidende Material. Dies „entscheidende“ Material besagt, daß die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hat, deutsche bolschewistische Agenten unter der Maske deutscher Nationalisten in die sogenannten extrem-nationalistischen deutschen Organisationen einzuschmuggeln. Diese Agenten sollten dann fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten.

Nebenher sei hier eingefügt, daß Ludendorff mit dem Oberst von Freyberg in sehr guten Beziehungen zu stehen scheint, sonst hätte dieser ihm das Material sicher nicht zur Verfügung gestellt.

Nach Ludendorffscher Auffassung ist die Organisation C also durch die Bolschewisten zu einer Mörderbande verwandelt worden. Ehrhardt verflucht ja überdies, daß er bei seinen Consul-Beuten niemals Mordbegierde gemerkt habe.

Die Erberger-Mörder Schulz und Tilleßen sind also nicht durch die deutschnationalistische Hege gegen Erberger zum Mord ausgesiegt worden, sondern durch Sowjetrubei. Die Brüder Küchenmeister, diese braven Mitglieder des Deutschnationalen Schutz- und Truhbundes und Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei, haben sich durch die Bolschewisten verführen lassen. Günther, der mit Helfferich, mit Jagow und Ludendorff verkehrte, dem Ludendorff Briefe schrieb mit der Anrede „Lieber Günther“ und mit dem Schlüsselwort „Mit herzlichem Gruß“, ist nur den Lockungen einer schönen Kommunistin erlegen. Der Student Tschow, der Oberleutnant zur See Kern, der Ingenieur Fischer, sie sind von verkappten Bolschewisten mit Waffen, Geldmitteln und allen sonstigen Mordbehelfen ausgestattet worden. Ihre Helfer, die man überall von Bismarck bis zur Ruine Saaleck jetzt gepackt hat, das sind alles deutschnationale und deutschvölkische, die verführt wurden. Das Waffenlager für das der Geschäftsführer Lehmann der Deutschnationalen Volkspartei in Freiberg sorgte, das Waffenlager in Magdeburg, dessen Entdeckung den Selbstmord eines bekannten deutschnationalen Mannes verursachte, alles ist bolschewistische Mache. Die Hardt-Attentäter Weichardt und Antermann, deren deutschvölkische Papiere beschlagnahmt wurden, sie sind ebenfalls dem unterlegen, was jetzt nach zwei gelungenen und zwei mißglückten Attentaten sich Ludendorff endlich bemüht sieht, zu veröffentlichen. Die Leute in den deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und der Länder, die im Verfolg der polizeilichen Aufklärungsarbeit immer schärfer beleuchtet werden, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, dessen Wahlkreis sogar seine Beseitigung fordert, sie alle sind arme Verführte. Diese bescheidenen Unglücklichen, sie haben Geld, ja ihre ganze Organisation in den Dienst bolschewistischer Propaganda gestellt. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die Blätter gleichen Schlages, sie hegen nur deswegen gegen die Republik, weil sie nicht wissen, wer sie schießt. Helfferich und Bazille, sie bereiten nur deswegen die Mordatmosphäre, weil es Moskau wünscht.

Der gesunde Menschenverstand möchte über den Ludendorffschen neuesten Unsinn kurzerhand hinweggehen in der Auffassung, daß derjenige, der das behauptet, ja schon während des Krieges und im besonderen in den letzten Monaten des Jahres 1918 bewiesen hat, wie es mit ihm steht. Mit solch leichter Handbewegung darf aber die neueste Stellungnahme Ludendorffs nicht erledigt werden. Er spricht mit großer Überlegung zu den Betreibern bekannter Auslandsblätter. Die Ludendorffschen Enthüllungen sind ein Teil der bewußt geführten deutschnationalen Entlastungsoffensive, die letzten Endes darauf hinaus will, immer wieder die Republik und ihre treueste Stütze, die sozialdemokratischen Arbeiter vor dem Ausland lächerlich zu machen und zu beschimpfen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen Ludendorffsche Behauptungen nun endlich auch einmal von den Behörden gewertet werden.

Deutschnationale Wühlvorbereitungen?

Nach Abschluß der gestrigen Reichstagstagung hatte lediglich die deutschnationale Fraktion noch das Bedürfnis zu einer Fraktions-sitzung. Wie wir aus äußerst zuverlässiger Quelle erfahren, galt diese Sitzung der Besprechung der republikanischen Schutzgesetze und deren Wirkung auf die monarchistische Agitation.

Tagung des republikanischen Richterbundes.

Die Reichstagstagung des republikanischen Richterbundes in Berlin hat einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Der erste der beiden Verhandlungstage war für die Begründung der aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzten Delegierten bestimmt. Zu der Tagung waren von allen Behörden, deren Tätigkeitsbereich von den Bestrebungen des Bundes unmittelbar berührt wird, Vertreter erschienen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die Teilnahme des Reichsjustizministers und des preussischen Ministerpräsidenten, die dem Bunde ihre wärmste Unterstützung zusagten. Charakteristisch ist dem gegenüber, daß das preussische Justizministerium bisher nicht Gelegenheit genommen hat, von der Existenz des Bundes und seinen Bestrebungen „amtlich“ Kenntnis zu nehmen.

Der zweite Tag war anstrengendster Arbeit gewidmet. Es galt zunächst, durch die Berichte der Delegierten ein Bild darüber zu gewinnen, inwieweit die einzelnen Teile Deutschlands die Verwirklichung des republikanischen Gedankens in die Hand genommen oder ihr Widerstand geleistet haben. Den Mittelpunkt bildete ein Bericht des sächsischen Justizministers Zeigler. Ein packendes Bild der Kleinarbeit, wie sie immer von großen Gesichtspunkten in der Verwaltung geleitet sein muß, gab der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Dr. Bedin, aber auch jeder andere Bericht enthielt eine Fülle von anregenden Darstellungen, die mit großem Interesse entgegengenommen wurden. Von besonderer Wichtigkeit ist, daß politische Gesichtspunkte nicht nur grundsätzlich vermieden wurden, sondern daß allgemein das Bestreben erkennbar wurde, Mittel und Wege zu finden, um die politischen Gegensätze in Deutschland zu überbrücken.

In der Verwirklichung des republikanischen Gedankens weisen natürlich Sachsen, Braunschweig und Hamburg die größten Fortschritte auf. Die preussische Justizverwaltung stellt, wie von den preussischen Delegierten immer wieder hervorgehoben wurde, nicht nur dem Bunde selbst, sondern auch jedem Versuch der Umformung des alten Obergerechtsamtes schärfsten Widerstand entgegen.

Die Ausbreitung des Bundes verspricht nach den eingehenden Verhandlungen, die am Nachmittag des zweiten Tages über die Organisation geführt wurden, in ganz Deutschland raschen Fortgang zu nehmen. Man war sich darüber einig, daß in dem Bunde für alle Raum ist, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Viel versprechende Verhandlungen sind mit Führern der Zentrumspartei angeknüpft. Sind dem republikanischen Richterbunde somit geistige und materielle Unterstützung im weitesten Maße gewährleistet, so verspricht sein Wirken ein wesentlicher Faktor in der politischen Beruhigung Deutschlands auf Grund der Weimarer Verfassung zu werden.

daß die Leute flohen, wo er hinkam, statt ihn festzunehmen. An 100 Mordtaten konnte man ihm nachweisen, als man ihn im Jahre 1782 mit Hilfe eines entlassenen Verbrechers in die Felle lockte, fing und jubizierte. Er war erst 25 Jahre alt, da man ihn aufs Rad schloß, und er soll lachend, ohne jede Gemütsbewegung, zur Richtstätte gegangen sein.

Diese absolute Gemütsstärke ist eine bei Sexualmördern immer wiederkehrende Erscheinung. Die greifbarste Unempfindlichkeit gegen fremdes Schicksal, die man ebenso bei Alkoholikern, bei hochgradig tuberkulösen und Puerkern beobachtet, führt direkt hin zur Höhe des Soldaten, dessen Lusthöhe nur gewonnen wird, wenn die Schmerzäußerung des blutenden Opfers seine unempfindliche Seele reizt.

Natürlich folgt das paragrafierte Rechtsgefühl dem Volksempfinden, das im Verbrecher vor allem den bewußten, absichtlichen Rechtsverbrecher und Schädiger des Gemeinrechts sieht. Und das ist zu verstehen, wenn man z. B. den Fall Großmann betrachtet, der — glücklicherweise! — infolge des Zeitungsstreits nicht allzu sehr ins Bild öffentlicher Betrachtung gerückt wurde. Die unsagbar widrige Gestalt dieses Sexualmörders weist abermals auf die fundamentale Tatsache hin, daß das kriminalistische Problem insonderheit als Erziehungsfrage zu betrachten ist, und daß wir mit unserer heutigen Auffassung der Strafjustiz niemals weiter kommen. Großmann, der aus einer Säugfamilie stammte, dessen Vater und Bruder wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen ins Zuchthaus kamen, wurde, wie er selbst erzählt, schon mit 13 Jahren von der Schule dispensiert und trieb sich dann nach kurzer Bekehrzeit vogabonierend und bettelnd in der Welt umher. Etwa ein Vierteljahrhundert Vorstrafen hatte Großmann, zuletzt war er im Jahre 1899 in Hof in Bayern zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er an einem Tage zwei kleine Mädchen attackierte, darunter ein vierjähriges Kind, das an den Folgen solcher Schandtat starb. Und als Großmann im Jahre 1914 aus der bayerischen Strafanstalt entlassen wurde, konnte er ruhig, ohne jedes Kris, an seinen ferneren Aufenthaltsort, nach Berlin gehen und vier neun lange Jahre würgen, schänden und morden wie ein Oger. Die Zahl seiner Opfer ist nicht festgestellt, aber mehr als 30 Frauen und Mädchen sind bei ihm zuletzt gesehen worden! Da erwacht den Behörden ein ernster Vorwurf! Und mehr als viele andere Prozesse zeigt dieser, daß der Staat bei sexuell verarteten mißbildeten Wesen eine Bewahrungspflicht hat, eine attive dem Verbrecher und eine passive der Allgemeinheit gegenüber.

Lob des Regens. Die Sommerfrischer und Ausflügler, die über den „verregneten Sommer“ lächeln, erblicken im Regen den Erzfeind all ihrer Freuden und Hoffnungen. Der Landmann aber, der das fruchtbare Himmelsnag freudig begrüßt, urteilt nach praktischen und nächstern Gesichtspunkten, und wenn sich heute der Städter über das allzu ausgiebige Walten des Regengottes trösten will, so sagt er wohl: „Na, es gibt wenigstens eine gute Ernte.“ Diese Betrachtungen sind aber von einer unbedingten Schätzung des Regens, von einer Erkenntnis seines ästhetischen Wertes weit entfernt, und es ist ja bezeichnend, daß das Empfinden für die Schönheit des Regens in der Geschichte des Naturgefühls sehr spät auftritt. Es sind eigentlich erst die impressionistischen Dichter und Maler gewesen, die die Wunder erschauten und gestalteten, die der niederrieselnde Regen, die dunstige Zartheit der wassergetränkten Luft, das Flimmern und Flirren der unzähligen Tropfen hervorjaubern.

Berühmt ist eine Stelle in Jens Peter Jacobsens Novelle „Morgens“. Der Held wird plötzlich vom Regen überrascht, und auf einer ganzen Seite, die zu den kostbarsten Schätzen moderner Naturschilderung gehört, erleben wir nun, wie die ersten schweren Tropfen niederfallen, wie das Tempo des Regens allmählich anschwillt und sich dann jene Harmonie von Klängen, Lichtern und Bewegungen entwickelt, in die sich für den genialen Beobachter das Bild des Regens auflöst. Mit Recht hat Georg Brandes behauptet, daß in diesen Sätzen der Regen für die moderne Literatur entdeckt worden sei. Daß der primitive Mensch in den niederfüllenden Wassermassen nichts Erfreuliches sehen konnte, ist begreiflich, und so gewinnt man zunächst dem Regen unangenehme Seiten ab von der trockenen Seite aus, wenn man, durchs Fenster blickend, die Abendfälle der Tropfen beschaut. Der alte Brocken, der Röhnhütter Ratsherr, der vor 200 Jahren mit so viel Seelenfeinheit die Wunder der Natur in seinen barocken Versen auffing, ist einer der ersten, der sich am Regen erfreut hat und der ihn preist als den Erquickler und Befreier der Landschaft, als den Spender bunter Lichtwirkungen und frischer Farben. Die einstönige und doch so wohlwollende Melodie des Regens, der bald in den Blättern rauscht wie dunkler Orgelton, bald pizzicato auf den Dächern trommelt, ist zuerst in der Lyrik vermerkt worden, in Berlin, wie in dem wundervollen Regenlied von Claus Groth. Diese Melodie des Regens hat etwas unendlich Beruhigendes, und moderne Psychologen wollen eine sehr heilsame Wirkung des Regens auf die Nerven des Menschen beobachtet haben. Wer sich dem Eindruck des Regens und der von Rasse erfüllten Landschaft unvoreingenommen hingibt, fühlt einen wohligen Frieden durch die Wägen rinnen, und bei Regen schläft es sich ja bekanntlich am besten. Vor allem aber ist der Regen selbst ein Landschaftsmaler, der die feinsten und düftigsten Lichtwirkungen auf seiner Palette hat, der das Licht in Regenbogenlinien bricht, die allzu scharfen Formen in weiche Umrisse hüllt und zahllose Nuancen in Himmeln, Wolken, Wägen und Wäldern entfaltet. Die Meister des Impressionismus sind nicht müde geworden, diesen Regen zu malen.

Der „Mungo“. Auf der Bühne eines Berliner Varietés feiert zurzeit eine Schürre ihre Uferfestung, die vielleicht dem einen oder anderen Leser der älteren Generation noch in Erinnerung ist. Ein Mann tritt ein, beladen mit einer Kiste, auf die er mit ganz ungewöhnlicher Sorge acht gibt. Durch trahende und knurrende Geräusche aus dem Innern der Kiste aufmerksam gemacht, fragt ein Hinzukommender den Kistenbesitzer, was das für ein Tier sei, das er hier also wohlbehütet mit sich führt. „Ein Mungo“, antwortet der Gefragte mit geheimnisvoller Miene. „Das ist ein sehr wildes Tier“, fährt er fort. „Ich habe mir den Mungo aus Wien schicken lassen und will ihn jetzt zu meinem Schwager bringen.“ — „Was soll denn Ihr Schwager mit dem Mungo?“ — „Ja, wissen Sie, mein Schwager hat eine übelle Angewohnheit. Er trinkt oftmals über den Durst und bekommt dann Delirien und sieht Schlangen. Diese Schlangen soll der Mungo wegfressen.“ — „Aber“, sagt der immer mehr erstaunte Zuhörer, „lieber Mann, das ist doch nur eine optische Täuschung, was da Ihr Schwager sieht. Seine Schlangen sind doch in Wirklichkeit gar keine richtigen Schlangen!“ — „Dum eben“, erwidert der Kistenbesitzer, „das da drin ist ja auch kein richtiger Mungo!“

Vom internationalen Mädchenhandel.

Aus den Erinnerungen des Kriminalkommissars v. Tressow, die dieser unter dem Titel „Von Fürteln und anderen Strichlichen“ bei Fontana u. Co. demnächst erscheinen läßt, veröffentlicht wir auszugeweiht ein Kapitel, das eine der übelsten Seiten des menschl. Gefühls behandelt. Die übrigen Teile des Buches sind indes, andere in politischer Hinsicht recht belanglos.

Unter Mädchenhandel versteht man das Anwerben und Verhandeln von weiblichen Personen zu unsittlichen Zwecken. Es ist ein internationales Verbrechen. „Le traite des blanches“ genannt, das man bei allen Völkern findet und so alt ist wie diese Völker selbst. Natürlich haben sich die Bedingungen und Voraussetzungen geändert, unter denen er jetzt stattfindet, und er vollzieht sich heute in den Formen, die den Verkehrsverhältnissen und der gesellschaftlichen Zuständen angepaßt sind, unter denen wir jetzt leben.

Opfer des Mädchenhandels

Sind jene Frauen und Mädchen, die infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage und ihrer geringen Bildung geneigt sind, sich verkaufen zu lassen. Sehen wir uns die Anstalten der Bordelle näher an, so finden wir, daß sie fast alle den unbemittelten und wenig gebildeten Gesellschaftsklassen angehören. Mädchen aus sozial höher stehenden Familien bilden die Ausnahme. Länder, in denen gesunde Wirtschaftsverhältnisse wachen, sind an dem schmuckvollen Mädchenhandel verhältnismäßig wenig beteiligt, Länder dagegen mit kümmerlicher wirtschaftlicher Entwicklung und schlechten Schulverhältnissen sind die Orte, wo die Mädchenhändler mit Vorliebe ihre Opfer suchen und auch finden. Leider haben sich auch in Deutschland seit dem unglückseligen Kriege diese Verhältnisse sehr zum Schlechteren geändert, und infolge der schlechten Verhältnisse treiben die Mädchenhändler auch in unserem Lande ihre Geschäfte mit gutem Erfolge. Eine Besserung dieser Verhältnisse läßt sich nur erwarten von einer unermüdbaren Aufklärungsarbeit und von der Herstellung einer besseren Gelegenheit für Frauenerwerb.

Die Mädchenhändler

gehen, um ihre Zwecke zu erreichen, gewissenlos vor. Der Gewinn, den sie aus ihrem Geschäft ziehen, ist ein so reicher und ein in verhältnismäßig kurzer Zeit ohne große Mühen erworbener, daß sie keine Beschränkungen scheuen, um ans Ziel zu gelangen. Bunte Reisen, nobles Auftreten, reiche Geschenke und Trinkgelder spielen bei diesem Geschäft eine Hauptrolle; die Ausgaben werden durch den Gewinn reichlich wieder gutgemacht. Mit Vorliebe bedient sich der Mädchenhändler bei seinem Geschäft der Inserate in den großen Zeitungen. Er studiert den Annoncenenteil und sendet an die Mädchen, die sich als Kellnerin, Büfettfräulein, Verkäuferin usw. anbieten, Offerten mit den glänzendsten Versprechungen. Dann tritt entweder er selbst oder eine seiner Agentinnen an die Opfer persönlich heran, und unter tausend Versprechungen werden diese für eine brillante Stellung im Auslande angeworben. Ist schon die Mädchenhändler auch selbst Inserate in die Zeitungen, in denen sie gute Stellen im Auslande versprechen. Ja, sie scheuen auch davor nicht zurück, wenn es sich um ein besonders hübsches Mädchen handelt, ihm den Hof zu machen, sich mit ihm zu verloben und es sogar zu heiraten.

Der Mädchenhändler oder seine Agentinnen führen in der Regel auch ganze Koffer voll Kleider, Wäsche und billiger Schmuckstücke mit sich, durch deren Hingabe sie die armen Opfer betören und verlocken. Haben sie mehrere Mädchen angeworben, so verschicken sie diese nicht etwa in Trupps, sondern möglichst einzeln oder zu zweien, nur begleitet und bewacht von einer weiblichen Vertrauensperson. Erst am Bestimmungsort oder kurz vorher tritt der Mädchenhändler persönlich in Aktion, um die Mädchen in die verschiedenen Häuser abzuliefern und den künftigen Lohn für seine Mühewaltung einzustreichen. In ihren Mitteilungen geschäftlicher Natur bedienen die Mädchenhändler sich gewisser Fachausdrücke, um ihre schleichere Treiben zu verbergen und sich der Verfolgung zu entziehen. Sie sprechen in ihren Geschäftsbriefen von „lebender Ware“ und telegraphieren z. B.: „5 Paß Ungarwein kommen in Belgrad an“ oder „3 Sad Kartoffeln lagern in Warna“. In Wirklichkeit handelt es sich im ersteren Falle um fünf schöne Ungarinnen, im letzteren Falle um drei weniger hübsche Mädchen.

Mit dem Mädchenhandel verwandt ist auch das Treiben der sogenannten

Impresarios für Tangel-Tangel

und ähnliche Anstalten. Diese Leute werben junge und hübsche Mädchen an, um mit ihnen das In- und Ausland zu bereisen, nachdem sie ihnen binnen weniger Wochen ein paar Tanzschritte und einige Pieder eingebläut haben. Die künstlerischen Leistungen sind oft gleich Null; es kommt bei diesen Tanzsembles, Damentapellen usw. lediglich auf hübsches Aussehen und ungeniertes Benehmen der Herren gegenüber an. Eins aber müssen alle Mädchen verstehen: Ordentlich zu trinken und mit den erschienenen Cavalieren in dem Extrazimmer sich zu unterhalten. Wehe denen, die sich hier von ausschließen wollten, schlechte Behandlung und Schläge von seiten des Impresarios würde die Folge sein, denn hierin verstehen diese Herren, die mit dem Wirt des Lokals unter einer Decke stecken und Procente von dem getrunkenen Champagner erhalten, keinen Spaß. Ueberaus schwer, oft ganz unmöglich ist es, an diesen geradezu skandalösen Zuständen etwas zu ändern, denn die Mädchen stehen derartig unter der Gewalt ihrer Peiniger und sind so eingeschüchtert, daß sie nur in den seltensten Fällen dazu zu bringen sind, vor Polizei und Gericht eine wahrheitsgetreue Aussage zu machen.

Eine weitere Uhart des Mädchenhandels ist auch das Verschicken der Mädchen von einem öffentlichen Hause in ein anderes. Man kann hier allerdings von einem eigentlichen Handel nicht sprechen, denn die Verschickung der Mädchen geschieht mit deren Wissen und meistens auch mit deren Einwilligung. Es handelt sich hier nicht um unerfahrene und unorbene Mädchen, sondern um solche, die oft schon jahrelang dieses Leben führen. Vom moralischen Standpunkt aus ist diese Art Handel natürlich ebenso verwerflich wie der Mädchenhandel im eigentlichen Sinne.

Ueber die Mäßigkeit oder Schädlichkeit von Bordellen, öffentlichen Häusern, Freudenhäusern, maisons de tolerance, wie sie auch genannt werden, ist schon viel geschrieben worden, und sowohl Aerzte wie auch Geistliche, Politiker und Verwaltungsbeamte haben in dieser heiklen Angelegenheit das Wort ergriffen. In den letzten Jahrzehnten ist wohl die Mehrzahl derer, die sich mit dieser schwierigen Materie befaßt haben, zu der Ansicht gekommen, daß der Schaden dieser Institute größer ist als der angebliche Nutzen, den sie gewähren, daß sie sich überlebt haben und für die heutige Zeit nicht mehr passen. In Deutschland dürfte es eigentlich gar keine Bordelle mehr geben, denn der § 180 des Reichsstrafgesetzbuches bedroht jede Kuppelei, d. h. das Verschleihen der Unzucht, mit Strafe, und nach einer Reichsgerichtsentcheidung ist auch Bordellhalten mit polizeilicher Erlaubnis strafbar. Trotzdem haben sich aber in einer kleineren Anzahl von deutschen Städten immer Bordelle befunden, wenn dieses auch in der Deffektivität abgeklungen wurde.

Wenn heute von der Reichsregierung ein Gesetzentwurf eingebracht werden soll, der das Halten von Bordellen im deutschen Reichsgebiet zur Unmöglichkeit macht, so ist dieses nur mit Freuden zu begrüßen.

Die Inserate der Bordelle

gehören fast alle den unbemittelten und wenig gebildeten Gesellschaftsklassen an. Diese Mädchen geraten in ganz kurzer Zeit in eine völlige Abhängigkeit von den Bordellwirten; diese nützen sie in der schamlosesten Weise aus und machen sie wirtschaftlich von sich abhängig: Bargeld bekommen sie fast nie in die Hand. Alle Einnahmen, mögen sie auch noch so hoch sein, werden für Essen und Trinken, Wohnung und besonders für die Garderobe berechnet, und zwar so, daß die Mädchen immer in der Schuld ihrer Wirte bleiben. Im Anfang versuchen zwar Mädchen, die zum erstenmal ein solches Haus bewohnen, sich aufzuklären; die Wirten wissen aber jeden eigenen Willen sehr schnell zu unterdrücken, und hierbei werden sie merkwürdigerweise von den älteren Bordellinsassinnen unterstützt. Ist ein Mädchen aber erst einmal ein paar Monate in solchem Hause, so hört jeder eigene Wille auf, das Interesse an Vergnügen der Luftwelt erlischt, und alles dreht sich bei den unglücklichen, verirrten Geschöpfen nur darum, sich im Hause eine angenehme Stellung zu verschaffen, die buntesten Kleider zu tragen und sich mit wertvollem, auffallendem Schmuck, der natürlich auch von dem Bordellwirt bezogen wird, zu behängen. Die Einnahmen für Kleider, Wäsche und Schmuck sind für den Wirt oder die Wirten ganz ungeheuer, da diese die Preise festsetzen und es dabei genau verstehen, die Mädchen durch bereitwilliges Kreditgeben in neue Schulden zu führen.

Die Dirnen werden von den Bordellinsassern ausgefugt, von Ort zu Ort und von Land zu Land wie eine Ware verkauft.

Wie ist der Mädchenhandel zu bekämpfen?

Da er ein internationales Verbrechen ist, das vor den Landesgrenzen nicht halt macht, so genügen auch die Landesgesetze nicht zu seiner erfolgreichen Bekämpfung. Dies zuerst eingesehen zu haben, ist das unbefriedigbare Verdienst eines privaten Vereins, der in London gegründet worden ist und sich den Kampf gegen den Mädchenhandel zu seiner Aufgabe gemacht hat. Von England ging die Bewegung aus, und in den verschiedenen europäischen Ländern wurden Komitees und Vereine zu dem gleichen Zweck gegründet, die mit dem Londoner Zentralkomitee in enger Verbindung blieben.

Am 18. Mai 1904 wurde in Paris von den verschiedenen Regierungen der europäischen Länder ein Abkommen unterzeichnet, das wichtige Bestimmungen für die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels enthielt.

Nach Artikel 1 des Abkommens hatten sich die vertragschließenden Staaten verpflichtet, eine Behörde zu errichten, der es obliegen sollte, alle Nachrichten über Anwerbung von Frauen und Mädchen zum Zwecke der Unzucht im Auslande an einer Stelle zu sammeln. Diese Behörde sollte das Recht haben, mit den anderen gleichartigen ausländischen Behörden unmittelbar zu verkehren.

Die in dem Artikel 1 verlangte Behörde wurde errichtet unter dem Namen „Zentralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels“ mit dem Sitz in Berlin, und zwar angegliedert an das Polizeipräsidium. Die Zentralpolizeistelle hat bisher mit Erfolg gearbeitet. Diesen verdankt sie aber zum Teil der regen Mithilfe des deutschen Nationalkomitees und der Presse, mit der sie in ständiger Verbindung steht und durch die sie oft wichtige Nachrichten erhält, die bei der Verfolgung der Mädchenhändler von großem Vorteile sind.

Die meisten Bestrafungen von Mädchenhändlern sind erfolgt auf Grund der §§ 180 und 181 des Reichsstrafgesetzbuches, also wegen einfacher und schwerer Kuppelei, aber auch der § 48 des Reichsauswanderungsgesetzes vom 9. Juni 1897 ist oft mit Erfolg zur Anwendung gekommen.

Dieses Gesetz bedroht denjenigen, der eine Frauensperson zu dem Zweck, diese gewerbsmäßiger Unzucht zuzuführen, mittels arglistiger Verlockung dieses Zweckes zur Auswanderung verlockt, mit Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren.

Das deutsche Reichsstrafgesetzbuch kennt das Wort Mädchenhandel nicht. In ihm ist lediglich die Rede von Kuppelei. Die Bestrebungen des Deutschen Nationalkomitees gehen nun dahin, bei einer Reorganisation des deutschen Strafgesetzbuches, die in einiger Zeit zu erwarten ist, den Begriff des Mädchenhandels in das neue Gesetz aufzunehmen.

Von Kähne verhaftet.

Herr Karl v. Kähne, der Schießfeld von Behow am Schwielowsee, ist verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ihn eine Voruntersuchung wegen Totschlages an dem 10jährigen Obsthäntersohn Otto Carle eingeleitet.

Die Leiche des im Park von Behow aufgefundenen Otto Carle ist bekanntlich, wie wir bereits am 12. Juni (Nr. 273 des „Vorwärts“) mitteilten, nochmals von den Aerzten untersucht worden, wobei außer dem Schuß in die Brust noch ein Schuß in den Fuß festgestellt wurde. Daraus ergab sich, daß der junge Mensch auf Behow angeschossen und dann erst später, als er sich nicht mehr weiter schleppen konnte, durch einen Schuß in die Brust getötet worden ist. Hausdurchsuchungen bei dem früheren Oberförster des Herrn v. Kähne im Forsthaus Böhning hatten dieselbe Munition und die dazugehörige Flinte zur Verfügung gestellt, außerdem hatten aufgefangene Briefe schweres Beweismaterial gegen v. K. ergeben. Zur Aufklärung dieser Tat wurde eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt.

Nunmehr hat sich ein Bauhandwerker Kehlstedt aus Glinde bei dem die Angelegenheit bearbeitenden Kriminalbeamten Busdorf gemeldet und Aussagen gemacht, die dem Herrn v. Kähne schwer belasten. Kehlstedt betonte, daß er zusammen mit Carle wiederholt Viehweiden am Schwielowsee gesucht habe, zuletzt am 2. Mai 1921. Während des Suchens habe sich Carle etwa 200 Meter von ihm entfernt, als plötzlich ein Gebüsch ein Schuß gefallen sei. Carle habe laut aufgeschrien und sei zu Boden gestürzt, während er, Kehlstedt, aus Angst, ebenfalls getroffen zu werden, sich im Schiffe des Schwielowsees versteckt

Der Ruf durchs Fenster.

56] Roman von Paul Frank.

„Ein ausgezeichnete Vorschlag,“ pflichtete Jordan bei. „Ich beglückwünsche Sie,“ beeilte sich der Präsekt zu bemerken.

„Die Sache wird allerdings nicht ganz leicht sein,“ erklärte der Arzt, „da das Medium doch bisher einem anderen Willen untertan und gehorsam gewesen ist. Es wird nun vor allem meine Aufgabe sein müssen, es von dem Willen, dem es bisher ergeben gewesen ist, freizumachen und es mir selbst unterzuordnen. Ich hoffe, daß das Experiment dennoch gelingen dürfte, da der Patient sich nur mehr in einem leicht somnolenten Zustand befindet. Ich muß die Herrschaften jedoch gleichzeitig um vollkommene Ruhe ersuchen, da die nötige Konzentration, deren ich bedarf, sonst nicht zustande kommen kann.“

Mit diesen Worten hatte sich Doktor Jordan einen Stuhl herangeholt, Richard Faltin, der noch immer völlig apathisch darsaß, sich gegenübersetzt und begann hierauf die vorhin angedeuteten Striche zu ziehen, wobei er den Blick starr, streng und stechend auf das Medium gerichtet hielt.

„Alles, was Sie erregt hat, ist jetzt verschwunden,“ sagte der Arzt langsam, jedes Wort voll betonend. „Es war nur ein Traum, in dem Sie sich befunden, und es war ein Irrtum, daß Sie ihn für Wirklichkeit genommen haben. Werden Sie jetzt ruhig! Die Beklemmungen und Behelligungen, unter denen Sie zu leiden hatten, schwinden vollständig. Ich merke es Ihnen an, wie Sie ruhiger, friedlicher werden und sich wieder wohl fühlen. Atmen Sie weniger heftig und ganz gleichmäßig.“

Als Doktor Jordan die ersten Striche absolviert hatte, durchließ ein Zittern den Kumpf des Patienten, dann erging sich dieser in heftigen Zuckungen, so daß der Arzt in Gefahr geriet, von den wild ihm entgegenschnellenden Extremitäten getroffen zu werden. Er schob daher seinen Stuhl zurück, stand nun in vorgeneigter Haltung vor Faltin und sprach drängend und beruhigend auf ihn ein.

„Der Ärmste...“ flüsterte der Bankdirektor, „welche Schmerzen er leiden mag...“

„Er wehrt sich...“ erklärte Garbislander.

„Begen wen?“ fragte der Präsekt neugierig.

„Er ist bisher einem anderen ergeben gewesen... Der Wille jenes Menschen...“

„Welches Menschen?“ fragte der Bankdirektor. „Was für eines Menschen?“

„Der ihn verführt, in dessen Auftrag Richard Faltin das Geld gestohlen hat...“

„Ich denke die ganze Zeit über nach, ob Faltin am Ende der Verführung eines Kollegen zum Opfer gefallen ist...“

„Aber ich traue die Tat keinem von unseren Angestellten zu...“

sagte Direktor Roos.

„Der Wille des Menschen, den wir noch nicht kennen...“

fuhr der Schriftsteller mit gedämpfter Stimme fort, „der Wille, der über den Patienten noch immer regiert, muß wirkungslos und unschädlich gemacht werden. Was Doktor Jordan jetzt vornimmt, ist die sogenannte Austreibung, ein Wort, das Sie wohl schon des öfteren gehört haben werden. Früher einmal hat man sie bei Hexen und Besessenen angewendet. Faltin ist ebenfalls besessen. Von dem nun, der ihn besitz, muß er befreit werden, das ist es, was Doktor Jordan anstrebt. Bis der Patient sozusagen neutralisiert ist, wird der Arzt dahin gelangen, seinen eigenen Willen ihm zu oktroyieren...“

Es wird nicht mehr allzu lange dauern und der junge Mensch wird so weit sein...“

flüsterte der Schriftsteller, der inzwischen, während er diese Erklärung abgegeben, den Hypnotiseur und sein Medium nicht einmal für die Dauer einer Sekunde aus den Augen gelassen hatte. „Sehen Sie nur, wie er sichtlich ruhiger wird!“ rief er mit unterdrückter Stimme.

„Nun wird er bald ganz schlaf und müde werden und Doktor Jordan zu Willen sein. Im übrigen scheinen wir es mit einem ganz ausgezeichneten Medium zu tun zu haben.“

„Wie genau Sie über diese Dinge Bescheid wissen...“

bemerkte hier voll Anerkennung Herr Djubatschow.

„Das kommt daher, weil ich, ohne selbst Medizin studiert zu haben, für diese Dinge stets ein starkes Interesse empfunden und mich auch experimentell intensiv mit dieser Wissenschaft befaßt habe, die von vielen noch immer für Humbug gehalten wird...“

sagte Garbislander, während die Stimme des Arztes noch immer durch den Raum hallte, wobei die langen, dunklen, über Gebühr gedehnten Vokale einander ohne Unterlaß folgten.

Der Patient war ruhiger geworden, das Atmen, das

beängstigend gelungen hatte, ging nunmehr nicht mehr stoßweise, sondern still und gleichmäßig vor sich, und auch die begleitenden Rasselgeräusche hatten aufgehört; Arme und Beine verharrten unbeweglich und schnellten nicht mehr nach vorn dem Arzt gegen den Leib, der endlich, nachdem er noch eine Weile schweigend gewartet hatte, sich aufrichtete und erst jetzt seine Stirn, die gerötet und infolge der Anstrengung mit Schweißperlen bedeckt war, mit dem Taschentuch abtrocknete.

„Nun sind wir so weit...“ sagte er, tief atmend.

„Können wir demnach mit dem zweiten, wichtigeren Teil des Programms beginnen?“ fragte Garbislander.

„Es ist kein leichtes Stück Arbeit gewesen,“ bemerkte der Präsekt voll Anerkennung.

„Ich muß die Herren abermals um vollständiges Stillschweigen bitten, und zwar weniger um meinwillen, als wegen des Mediums, das in der gegenwärtigen Verfassung wieder allen äußeren Einflüssen zugänglich ist...“

Der Arzt nahm zum zweitenmal auf dem Stuhl Platz, den er vor den Patienten hingehoben hatte. „Denken Sie jetzt ausschließlich daran, daß Sie einschlafen sollen...“

sagte er.

„Nun fangen Ihre Lider an, zuzusinken...“

Nun sind sie schon geschlossen... Die Augen werden immer müder, die

Deckel zuden immer mehr... Das Zinkeln nimmt zu... Sie spüren eine im ganzen Körper sich ausbreitende zunehmende Ermattung... Ihre Arme schlafen ein... Von der Schulter abwärts schreitet ein Gefühl der Taubheit bis in die Fingerspitzen... Jede, auch die leiseste Empfindung erstickt... Nicht wahr? In Ihren Beinen, die Sie nicht rühren können, sitzt eine schwere Dumpsheit, die es Ihnen unmöglich macht, auch nur die Sohle aufzuheben... Das Schlafbedürfnis wird immer stärker... Sie können nicht mehr widerstehen... In Ihrem Kopf breitet sich ebenfalls das Gefühl schwerer Dumpsheit aus... Ihre Gedanken verlieren sich... Jetzt schlafen Sie...“

Jordan machte eine kleine Pause; dann wies er das Medium an, dessen tiefe, regelmäßige Atemzüge deutlich hörbar waren: „Versuchen Sie es doch, die Augen zu öffnen...“

Faltins bleiches Gesicht zuckte und weiterleuchtete; er halste die Fäuste und streckte die Finger wieder gerade. Seine Augen aber blieben geschlossen. Doktor Jordan ersah keinen linken Arm und hob ihn wagrecht auf; der Arm verharrte, ohne herabzufallen, in dieser Lage.

(Fortsetzung folgt.)

habe. Nach einiger Zeit sei er dann quer durch den Wald nach dem Fahrweg Pehow-Mittelbusch gegangen und auf diesem Wege sei dann plötzlich Herr v. Kähne gerade von der Stelle im Walde aus auf ihn zugekommen, von der einige Minuten vorher der Schuß gefallen war. Kähne habe ihn dann gefragt, ob er Diebstahl gesucht und ob er einen Schrei gehört habe, was Keffeldt beides verneinte, worauf Kähne wieder in den Wald zurückgegangen sei. Der Zeuge befand weiter, daß sich dieser Vorfall am Abend des 2. Mai 1921 gegen 1/2 Uhr zugetragen habe und daß er bisher aus Angst vor dem Schloßherren von Pehow keinerlei Befundungen und Anzeigen gemacht habe. Auf Grund dieser Aussage fand am letzten Montag an Ort und Stelle ein Lokalförster statt, bei dem neben dem Potsdamer Untersuchungsrichter auch Oberstaatsanwalt Dr. Pfaff, erster Staatsanwalt Gerlach, sowie Karl v. Kähne und Keffeldt zugegen waren. Bei seiner nochmaligen eingehenden Vernehmung wiederholte Keffeldt, auch Herrn v. Kähne gegenüber, alle Angaben, die er bereits vor dem Kriminalbeamten gemacht hatte. Kähne bestritt die Richtigkeit dieser Darstellung auf das Entschiedenste und behauptete, daß er Keffeldt noch nie begegnet sei und ihn zum ersten Male sehe. Auf Grund des Ergebnisses des Lokalförsters wurde gegen den Schloßherren auf Pehow die Voruntersuchung wegen Diebstahls eingeleitet. Von seiner Festnahme hatte man zunächst abgesehen; am Dienstag nachmittag erfolgte dann jedoch seine Verhaftung und Ueberführung in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis.

Sturmshäden.

Im Gebiet von Groß-Berlin sind besonders zahlreiche Bäume umgebrochen worden. So legte der Sturm in der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee nahe dem Kleinen Stern einen großen Baum nieder, der beim Fallen die Oberleitungsdrahte der Straßenbahn beschädigte und den Fahrstrom sperrte. Die Feuerwehr mußte das Hindernis wegräumen. — Besonders hat der Sturm in den östlichen Stadtteilen gehaust. Hier hat er in der Weidelse, Gröndelberg, Wühlisch, Gärtner, Simpson, Vogelhagen, Gryphius, Mirbach, Großtauer und Wettensloferstraße teils die Bäume entwurzelt, teils umgeknickt. Andere ähnliche Meldungen liegen vom Forderbepflog und aus Stralau vor. In Marienfelde an der Ecke der Berliner Straße und Kaiserallee stürzte ein Baum quer über die Straße. Auch am Friedrich-Wilhelm-Platz und in der Gellertstraße in Lichterfelde hauste der Sturm ähnlich. — Ein alter Kastanienbaum, der eine Fieder des Platzes vor der Kirche in Hermannsdorf bildete, wurde durch den heftigen Wind ebenfalls umgeworfen. Er zerriß die Telegraphendrähte und zertrümmerte die Fenster des gegenüberliegenden Hauses. — Auf dem Dache des Hauses Grewalder Straße 34 riß der Sturm einen Schornstein um und warf ihn in den Hof. Am Gluck sind in allen Gassen keine Menschen zu Schaden gekommen.

Infolge schweren Unwetters in Polen ist, wie das Danziger Telegraphenamt mitteilt, der größte Teil der Fernsprechleitungen mit Posen, Bronberg, Worschan, Thorn, Graudenz und König gestört worden. Auch zwei Berliner Leitungen sind zwischen Geseel und König betriebsunfähig. Gestört sind ferner je eine Verbindung mit Hamburg, Elbing und Königsberg. Warschauer Telegramme erleiden ebenfalls Verzögerung.

Wild-West in Berlin.

Ein Feuergefecht auf der Straße.

Ein an gewisse amerikanische Detektivfilme erinnerndes Feuergefecht auf offener Straße, bei dem der Verfolgte von Kriminalbeamten durch mehrere Schüsse getötet wurde, spielte sich vor einiger Zeit im Norden Berlins ab. Zwei Brüder, Karl und Max Schmidt, wurden längere Zeit von der Staatsanwaltschaft gesucht. Sie sollten nunmehr verhaftet werden.

Da beide schon als sehr gewalttätig bekannt waren und sich auch im Besitze von Schusswaffen befanden, nahm der Kriminalbeamte Wenzke, der den Auftrag hatte, die beiden Brüder zu verhaften, fünf Beamte zu seinem Schutze mit, als er die beiden in dem Hofe ihres Vaters in der Seestraße verhaften wollte. Kaum hatten die Beamten das Lokal betreten, als der allein anwesende Max Sch. mit einem mächtigen Schuss aus dem Fenster sprang und die Mitterstraße entlang lief. An der Ecke der Dübenerstraße drehte er sich um und gab aus einer Parabelumpistole mehrere Schüsse auf die Beamten ab, ohne jedoch zu treffen. Als Sch. auf den Ruf der Beamten „Hände hoch“ weiterlief, schossen auch die Beamten mit dem Erfolge, daß S. von mehreren Kugeln getroffen zusammenfiel und zwei Tage später verstarb. Plötzlich kam ein junger Mann in blauem Anzuge angelaufen und schob seinerseits wiederholt auf die Beamten, die sich zurückziehen mußten, da sie zum Teil ihre Munition erschossen, zum Teil Ladungen hatten. Nachdem sie neue Munition und weitere Verstärkung geholt hatten, überrannten sie den verumwundenen Angreifer, Karl Schmidt, den Bruder des Getöteten, in einer Laube auf und nahmen ihn, der angesichts der drohenden Pistolenmündungen jeden Widerstand aufgab, fest. Bei ihm wurde eine Parabelumpistole gefunden, während die Beamten bei dem getöteten Max Schmidt zwei Pistolen fanden.

Der verhaftete Karl Schmidt hatte sich nunmehr vor der Ferienkammer des Landgerichts III wegen Gefangenensubversion, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Grünwald, der unter Beweis stellte, daß offenbar eine Personenverwechslung vorliege und verurteilte den Angeklagten lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 6 Monaten Gefängnis.

Millionendiebstähle.

Für zwei Millionen Mark Seide erbeuteten Einbrecher am hellen Tage in einem Konfektionsgeschäft in der Schützenstraße 59. Der Betrieb wurde am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr geschlossen. Als man ihn am Montag morgen wieder aufmachte, entdeckte man, daß Einbrecher in der Zwischenzeit 2100 Meter Crepe de Chine, 1000 Meter Kaschmir und 300 Meter Crepe Marecon, im ganzen für 2.000.000 M., gestohlen hatten. Die ganze Ware ist S. B. gezeichnet und war in große Musterrollen gepackt. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei haben die Diebstahl-Geschäftsführer beobachtet und sind schon eine halbe Stunde später ans Werk gegangen. Um 8 1/2 Uhr hat die Pförtnerin beobachtet, wie die Diebstahl, wie sie glaubte, von Angestellten des Betriebes weggeschafft wurden. Die Diebstahl hatten die Tür zu den Räumen trotz ihrer Sicherung erbrochen. Auf ihre Ergreifung und die Wiederherbeibringung der Beute ist eine Belohnung von 10.000 M. ausgesetzt. Mitalungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Hoppe im Zimmer 93 des Polizeipräsidiums, Hausaruf 492 und 584, entgegen.

Eine besondere Dreifachbeweis eine andere Kolonne, die in der vorvergangenen Nacht eine Konfektionswerkstatt in der Weidenburger Straße heimstahl. Auch hier versuchten die Diebstahl zunächst die Tür einzudringen, fanden hier aber unüberwindlichen Widerstand. Jetzt kletterten sie an der Regenrinne bis zu den Geschäftsräumen im ersten Stock empor und verschloffen sich durch Zertrümmerung einer Scheibe Eingang. Von innen öffneten sie endlich die Tür und schafften nun ihre Beute, für 500.000 M. Stoffe aller Art, durch die Haustür auf die Straße hinaus und von dort mit einem bereitgehaltenen Pongfuhrer in der Richtung nach der Senefelderstraße zu weiter weg. Für die Wiederherbeibringung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 50.000 M. ausgesetzt. Mitalungen zur Aufklärung sind an Kriminalkommissar Dräger, Dienststelle B. 1. 20, Zimmer 133, Anruf 490, zu richten.

Das Reichsherbergverzeichnis ist im Verlage des Verbandes für deutsche Jugendherbergen, Geschäftsstelle Hilschenbach i. Westf., erschienen. Es umfaßt über 1300 Jugendherbergen aus dem gesamten Reich und der Südmittel mit allen Einzelheiten, gibt Aufschluß über die Benutzung der Jugendherbergen, über Karten und Führer der einzelnen Wandergebiete, über Fahrpreisermäßigungen und ähnliches mehr. Das Verzeichnis, ein Buch von fast 200 Seiten, ist durch alle Buchhandlungen oder unmittelbar von der Geschäftsstelle zu beziehen. Der Preis ist 15 M.; für Postgeld und Packung 3,35 M. (Nachnahme 2,25 M. mehr). Die Zahl der Jugendherbergen ist von 700 im Jahre 1919 auf zurzeit 1300 gestiegen. Während im Jahre 1919 60.000 Gäste in den Herbergen übernachteten, waren es im Jahre 1921 nicht weniger als 502.000.

Eine Kleinhandelsmesse ohne Kleinhandel. Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin teilt mit: „Von einem Ausschuss, der sich Messenausschuss nennt, wird Berlin mit Prospekten überflutet, die zu einer „Berliner Kleinhandelsmesse“ vom 4. bis 6. Oktober in der „Neuen Welt“ einladen. Der Kleinhandel steht diesen Bestrebungen vollkommen fern und erachtet dieselben sogar als schädlich. Da in dem Prospekt der Glanden erwähnt wird, als ob seitens des Herrn Oberbürgermeisters und des Magistrats von Berlin die tatsächliche Unterstützung für diesen Zweck angeboten wurde und da nach unierten Informationen dies nicht den Tatsachen entspricht, so halten wir es für unsere Pflicht, dies zur Kenntnis zu bringen. Zweifellos handelt es sich in diesem Falle lediglich um ein rein launenhaftes Unternehmen zwecks Ausnutzung der Räume der Neuen Welt.“

Die Leiden der Jugend unserer Kriegsgesellen. Ueber dieses Thema spricht am Freitag, den 21. Juli 1922 im Kaiser-Friedrich-Park, Berliner Straße 88 (am Wilhelmplatz) der Vorsitzende des Landes Brandenburg Großmann in einer von der Ortsgruppe Charlottenburg der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesgefangener einberufenen Versammlung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 19. Juli:

- 17. Ull. 7 Uhr bei Linchmer, Krüppelstraße, Sitzung sämtlicher Bezirksführer, Betriebskommissionen und Ortsvereine. Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit der Bezirksführer. 2. Bericht über die Arbeit der Betriebskommissionen. 3. Bericht über die Arbeit der Ortsvereine. 4. Tagesordnung.
- 41. Ull. 7 1/2 Uhr im Vahnenhof-Ausgang, Fildstraße 2-3, Mitgliederversammlung, „Reichsmittelgesellschaft“, Ref. Genosse Feilerstein.
- 83. Ull. Tempelhof. Der Ausflug findet am Sonnabend, den 22. d. M., statt. Abfahrt vom Bahnhof Marienborf um 8.30 Uhr nach Dahlenitz, von dort zu Fuß nach Wankensfelde zu Schöber. Nachzügler werden bei dem nächsten Zug in Dahlenitz erwartet. Gefangene und Jugend sind eingeschrieben.

Morgen, Donnerstag, den 20. Juli:

- 122. Ull. Marienborf. 8 Uhr im Lokal Ring, Dorfstraße, Schlabend, „Das Reichsmittelgesetz.“ Gruppe Schöneberg-Triebenen. 7 1/2 Uhr bei Groß, Sedanstraße 17, Fortsetzung des Nachbarn-Abends. — Tempelhof-Mariendorf. 7 1/2 Uhr im Lokal von Radjauwitz Tempelhof, Werder. 8 1/2 Uhr Kundgebung, Pankow-Abend. Gäste willkommen. — Gruppe Seig. 7 Uhr sämtlich im Jugendheim, Chausseestraße 48 II, Jugendfeier. — „Kämpferkate-Jugend.“ Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung der W. B. Thema: „Der Kampf um die Republik.“ Ref. Genosse B. Dehngemüller.

Arbeitsaussch. Freitag 5 Uhr Sitzung im Landtag, Zimmer 31, Pelz-Weich-Große.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Kriegesinvaliden und Kriegesinteressierten. Bezirk Zentrum. Nächste Versammlung Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr, Neuhaustr. Weisse, Neue Friedrichstraße 48.

Die Fachschule für feinmechanische Technik

Am 28. v. M. wurde im Hause des Vereins Deutscher Ingenieure im Beisein einer großen Anzahl von Vertretern feinmechanischer Firmen sowie von Vertretern des Handelsministeriums, des Reichspostministeriums, des Eisenbahnzentralamts und des Magistrats Berlin ein Verein „Fachschule für feinmechanische Technik“ e. V. gegründet.

In der Versammlung wurde betont, daß zurzeit in der gesamten feinmechanischen Industrie ein empfindlicher Mangel an gut vorgebildeten technischen Angestellten herrsche, dem auch in Zukunft durch die bestehenden Schulen nicht abgeholfen werden könne, da diese in der Hauptsache auf den Maschinenbau eingestellt seien und daher den Bedürfnissen der feinmechanischen Technik nicht entsprächen. Der Verein soll nunmehr einen Zusammenschluß sämtlicher Firmen herbeiführen, die sich mit dem Bau von mechanischen, elektrischen, optischen und akustischen Apparaten, Instrumenten und Geräten aller Art beschäftigen und in erster Linie die finanziellen Mittel zusammenbringen, die zur Errichtung und Unterhaltung einer eigenen Industrie-fachschule von genügender Leistungsfähigkeit erforderlich sind. Es sind bereits Beiträge in solcher Höhe gezeichnet worden, daß die Schule im Herbst dieses Jahres eröffnet werden kann. Die Stadt Berlin wird hierfür geeignete Schulräume einschließlich der vorhandenen Sammlungen und Laboratorien zur Verfügung stellen. Die in demselben Gebäude betriebene städtische Abendfachschule wird Mechanikern Gelegenheit bieten, sich für den Besuch der neuen Fachschule vorzubilden.

Da es sich hier um ein neues Gebiet des technischen Unterrichtswesens handelt, für das die Lehrmittel und Unterrichtsmethoden zum großen Teile noch fehlen, wurden gleichzeitig verschiedene Fachauschüsse zur Ausarbeitung geeigneter Unterrichtsvorlagen gebildet.

In den Vorstand des Vereins wurden ausschließlich Direktoren und Generaldirektoren der prominentesten Firmen der einschlägigen Industrie gewählt.

Zu dieser Gründung ist folgendes zu bemerken: Artikel 147 der Reichsverfassung bestimmt, daß private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen der Genehmigung des Staates bedürfen und den Landesgesetzen unterliegen. In dem von der vorstehenden Mitteilung betroffenen Fall handelt es sich zweifellos um den

Ersatz einer öffentlichen Schule.

denn die sachwissenschaftliche Ausbildung der technischen Angestellten für so umfangreiche und wirtschaftlich bedeutungsvolle Industriezweige ist nicht mehr eine Angelegenheit des privatwirtschaftlichen Interesses der in Frage kommenden Betriebe. Es handelt sich also um eine Schule, deren Errichtung und Unterhaltung ebenso wie die der bestehenden Maschinenbau- und höheren Maschinenbau-schulen Sache des Staates und nicht eines solchen Unternehmervereins wäre.

Aus der Anwesenheit von Vertretern des Preussischen Handelsministeriums und einiger Reichsbehörden bei den Besprechungen, die zur Gründung des gewissermaßen als Patronatsrat ersiehenden Vereins geführt haben, wird man schließen müssen, daß die Genehmigung des Staates erteilt wird und daß demgemäß die Bedingungen erfüllt worden, die Artikel 147 als Voraussetzung dieser Genehmigung festlegt. Es will uns aber doch scheinen, als ob die zuständige Aufsichtsbehörde, das preussische Handelsministerium bzw. dessen Vertreter, insbesondere hinsichtlich der Zusammenfassung des Vorstandes übersehen hätten, daß nicht nur die Arbeitgeber, sondern unter Umständen auch die auf dieser Schule sich künftig ihre Erstergründungs-löhne schaffenden Arbeitnehmer des Bedürfnisses haben könnten, auf die Bestimmung und Entwicklung der Lehrpläne und der Unterrichtsmethoden Einfluß zu gewinnen und daß man deswegen ihre Interessenvertretung, die Berufsorganisation der technischen Angestellten, auch hätte miteinbeziehen lassen können.

Es gibt doch schließlich nicht nur einen Artikel 147, sondern auch einen Artikel 165 in der Reichsverfassung, und wenn auch die Berufsverbände der technischen Angestellten, der Werkmeister usw. nicht in der Lage sind, den Staatsbehörden die materielle Sorge um derartige kostspielige Schulen abzunehmen, wobei freilich der Stadt Berlin die Stellung der Schulräume, Laboratorien und

Sammlungen überlassen wird, so sollten sich diese dadurch noch nicht allzu vertrauensvoll dazu verleiten lassen, den maßgebenden Einfluß auf das Geschick einer solchen Schule allein in diese gegenwärtigen Hände zu legen. Wir bezweifeln gar nicht, daß die Träger der in dem Bericht genannten Namen hervorragende Sachverständige auf den in Betracht kommenden Sondergebieten der Technik sind; aber in Fragen der Unterrichtsmethoden, der Ausgestaltung der Lehrpläne, auch der Auswahl der anzustellenden Lehrer dürften die Techniker selbst manchen sachkundigen Vertreter stellen können, ganz abgesehen davon, daß man der Mitarbeit der Schulfachmänner auch nicht wird entzogen wollen. Wir sprechen deshalb die bestimmte Erwartung aus, daß das zuständige Ministerium von seinem Aufsichtsrecht in diesem Sinne noch Gebrauch machen und in die bereits gebildeten Fachauschüsse auch Vertreter der Arbeitnehmer berufen wird.

Wirtschaft

Ein Warenhauskonzern.

Unter den trustartig aufstrebenden Konzernen spielt der Rudolf Karstadt-Konzern dadurch eine interessante Rolle, daß er sich von der Warenverteilung aus immer mehr in die Produktion erstreckt. Es ist dies ein Vorgang, wie er in langwieriger, dafür organischerem Tempo auch bei den Konsumgenossenschaften zu beobachten ist. Auch sie versuchten zunächst, die Reibungen der Warenverteilung für ihre Mitglieder auszufüllen und drangen von da aus in die Produktion vornehmlich solcher Waren ein, die als Massenartikel in Betracht kamen. Wollen aber die Konsumgenossenschaften die gemeinwirtschaftliche Regelung der Verteilung und der Produktion, die Herstellung für den eigenen, sehr umgrenzten Verbraucherkreis unter Ausschaltung privatkapitalistischer Gewinnes, so ist bei dem kapitalistischen Verteiler-Konzern natürlich der Profit die Triebfeder der Zusammenfassung von Betrieben. Daneben freilich spielt das Bestreben eine Rolle, innerhalb des eigenen Interessentums alle Reibungen und unnützen Zwischengewinne auszufüllen, um die Warenverteilung zu verbilligen und die Konkurrenzkraft gegenüber anderen Unternehmungen zu steigern. Der Warenbesitz, die Verfügung über geeignete Einkaufs- und Verkaufsorganisationen, nicht zuletzt auch die andauernd flurte Kaufkraft bei steigenden Preisen haben dem Warenverteilern, dem Kaufmann, gerade in der Zeit der Geldentwertung eine große ökonomische Macht verliehen, die sich nicht nur in steigenden Gewinnen ausdrückt, sondern auch in einer außerordentlich starken Zunahme der Handelsgeschäfte und damit der Kaufkraft, ein Vorgang, der volkswirtschaftlich als ungesund anzusehen ist. Die gleichen Tatsachen aber und die Schwierigkeiten bei der Warenbeschaffung durch die Kartelle ließen die Möglichkeit und das Streben nach einem Zusammenschluß entstehen, der sich die Vorteile des Warenverteilers zu eigen macht und die Hemmungen beim Warenbezug, die knappe, unregelmäßige Belieferung, die willkürlichen Preisfestsetzungen durch Produzentkartelle nach Möglichkeit ausschaltet.

So dürfte der Zerdegang des Karstadt-Konzerns zu erklären sein, über dessen gegenwärtigen Stand von sachmännlicher Seite Angaben bekannt wurden. Vor etwa 2 Jahren wurde die Firma Rudolf Karstadt, eine offene Handelsgesellschaft, in eine Aktiengesellschaft verwandelt und mit einem Stammkapital von 40 Millionen Mark ausgestattet. Schon damals verfügte sie über 40 Waren- und eigene Kaufhäuser. Seitdem begann eine Ermelierungs-politik, die neue Kapitalbeschaffungen notwendig machten, so daß jetzt der Konzern über 250 Mill. Mark Stammkapital verfügt. Eine Reihe von Unternehmungen wurde angegliedert, unter anderem erwarb man Beteiligungen. So erhöhte sich die Zahl der Warenhäuser auf 48 in 42 Städten. Sechs davon sind in Hamburg. In Berlin, Chemnitz, Plauen und Münster i. W. befinden sich die Einkaufshäuser.

An Fabriken hat die Gesellschaft sieben erworben, und zwar in Berlin (Wäsche- und Schürzenfabrikation sowie Konfektion von Modewaren und Kinderkleidern), zwei in Bocholt (Baumwollspinnerei und Weberei vorm. S. A. West u. Sohn und Bunweberei vorm. Gebr. Braunschweig), je eine in Stettin (Herren- und Knabenleibherstellung, Auerbach i. B. (Gardinenfabrik vorm. Fränkel u. Hering), und Essen (Fabrikate von Eiseiten und Druck-sachen, Papiergroßhandlung unter der Firma Walter Kierstadt). Beteiligt ist der Konzern an folgenden Unternehmungen: Heymann u. Felsenburg A.-G., Pelzwarenkonfektion, Berlin, Rauchwaren A.-G., Hamburg und Leipzig, „Victri“ A.-G. für Parfümerie- und Seifenfabrikation, Altona, Emma Bette, Bud u. Kochmann A.-G., Spezialhaus für Kinderkleidung, Berlin, „Patria“ Versicherungs-A.-G., Köln, Vogtländische Kongress- und Radrasweberei A.-G., Delitzsch, sowie Gebr. Hartoch, Düsseldorf. Außerdem besitzt der Karstadt-Konzern nicht ausgewiesene stille Beteiligungen an der Berliner Damenkonfektionsfirma William Herz u. W. J. Meyer und an der Herrenkonfektionsfirma Spider u. Co., Berlin.

Das Erweiterungsprogramm sieht Neubauten in Hamburg, Wandsbek und Wilhelmshaven vor, auch in Duisburg soll der Bau eines Warenhauses geplant sein. Weitere Pläne werden vorerst noch vorsichtig angekündigt, sollen aber zurzeit schon dicht vor ihrer Durchführung stehen.

Hier spielt sich also eine Horizontal- und Vertikalkonzentration ab, die um so interessanter ist, als sie im Gegensatz zu der in letzter Zeit üblichen von der Industrie ausgehenden Zusammenballungen steht. Der gewaltige Bau und die große räumliche Ausdehnung des Betriebes lassen noch kein Urteil darüber zu, ob er beweglich genug ist, die Stürme einer Krise an Warenmarkt zu überstehen. Die Tatsache aber, daß die hohen, dem Verbraucher abgenommenen Abschpreise ein derartiges Eindringen der Händlergruppen in die Produktion ermöglichen, ist ein deutlicher Hinweis auf die gewaltige Macht der Verbraucher, die, von ihnen selbst planmäßig angewandt, dazu führen muß, daß die Verbraucherorganisationen sich mehr und mehr der Produktion bemächtigen. Nur muß man sich dieser Macht bewusst werden und die eigene Kaufkraft den eigenen Genossenschaftsunternehmungen zuführen, anstatt sie dem privaten Unternehmerprofit des Händlerkapitals und seinen Kapitalinteressen dienstbar zu machen.

Die Sachlieferungsabkommen treten in Kraft.

Von zuständigen Stelle wird mitgeteilt: Das Wiesbadener Hauptabkommen vom 10. 10. 21 und das Ruppel-Gillet-Abkommen vom 15. 2. und 3. 6. 22 werden nach einem Heberer-Einkommen der deutschen und der französischen Regierung vom 20. 7. d. J. zur Anwendung gelangen. Von diesem Tage ab tritt deshalb für die Reparationslieferungen an Frankreich, soweit sie für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, der freie Verkehr nach Maßgabe des Gungy-Remelmand-Abkommens vom 2. 6. 22.

Ausgenommen vom freien Verkehr sind gewisse in einer besonderen Liste zusammengestellte Waren, für die das Verfahren des Wiesbadener Abkommens gelten wird. Mit Durchführung des letzteren ist der Reichs-Lieferungsplan zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten beauftragt worden.

Zur Ausführung des freien Verkehrs mit Frankreich und des Wiesbadener Abkommens sind zwei Bekanntmachungen erlassen worden, die im Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Wieder höhere Margarinepreise. Die erst kürzlich ermäßigten Margarinepreise sind bereits mit dem gestrigen Tage wiederum um 7 M. je Pfund auf 58-60 M. erhöht worden.

Die Annahme der Schutzgesetze.

Im gestrigen Abendblatt gaben wir einen Vorbericht über die Abfuhr, die der deutschnationale Abgeordnete Bazille von unserem Redner und vom Sprecher des Zentrums, Fehrenbach, erteilt. Hier folgt der ausführlichere Bericht.

Nachdem sich der Entrüstungssturm gegen die frechen schwarz-weißen Provokationen Bazilles etwas gelegt hat, nahm das Wort

Abg. Keil (Soz.):

Die Hezrede des Redners veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen, vor allem, weil er sich dazu berufen fühlte, sich als Repräsentant von Ordnung, Sitte und Moral vorzustellen. Ich mache ihm nicht zum Vorwurf, daß er französischer Abstammung ist, daß er sich regelmäßig als württembergischer Beamter einen Jahresurlaub zu Reisezwecken nach Frankreich hat geben lassen, daß er sich mit Hilfe der Deutschen Botschaft in Paris die Zulassung zur Universitätsbibliothek hat geben lassen. Als Herr Bazille ins politische Leben eintrat, war er jungliberal, einige Zeit später nationalliberal, nach der Revolution hat er es vorgezogen, ins deutschnationale Lager zu wechseln. (Hört, hört links.) In Rücksicht auf seine besonderen französischen Sprachkenntnisse ist er im Oktober 1914 zum Präsidenten der deutschen Zivilverwaltung der Provinz Limburg ernannt worden. Als solcher hat er seine ordnungsmäßigen Bezüge weiter bezogen und dazu während des ganzen Krieges eine Tageszulage von 40 Mark. (Hört, hört links.) Für die Entgegennahme dieser Bezüge ist ihm im August 1916 das Eisenerz-Kreuz 2. Klasse verliehen worden. (Stürmische Heiterkeit links.) Im Februar 1917 ist er mit dem württembergischen Wilhelm-Kreuz dekoriert worden. (Heiterkeit links.) Abg. Helfferich verleiht unter stürmischen Zurufen der Linken den Sitzungslokal.

Im Dezember 1918 ist er nach Württemberg zurückgekehrt, wobei ihm attestiert wurde, daß er sich tapfer — verfolgt hat mit Lebensmitteln, die für die deutschen Truppen bestimmt waren. (Lebhaftes Hört, hört links.) Stürmische Heiterkeit links und in der Mitte. Ruf links: (Stappenschwein!)

Am 1. Februar hat er sich wieder für den württembergischen Staatsdienst gemeldet und gebeten, ihm von da ab sein Gehalt ausbezahlt, was auch geschah. Inzwischen war er Abgeordneter geworden und antwortete bei einem Erlauchen im Radauhaus, daß er sich am 1. Februar dem Ministerium zur Verfügung gestellt habe, es aber angenehm empfänden würde, wenn er eine Kasse bekäme, um in seiner Tätigkeit als Abgeordneter nicht zu sehr behindert zu sein. (Lebhaftes Hört, hört links.) Nach zehn Monaten stellte sich durch einen Zufall heraus, daß der Abgeordnete Bazille, ohne Dienst zu tun, neben seinen württembergischen Bezügen seine Bezüge bei der Zivilverwaltung bezog ohne Kenntnis seiner vorgelegten Behörden sich hat weiter zahlen lassen. (Stürmische Heiterkeit, hört, hört links.) Stürmische Heiterkeit links und in der Mitte.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Bazille bei seinen Angriffen auf die Republik und den Reichspräsidenten mit voller Ueberzeugung zugerufen: „Sie sind ein Verräter!“ Diesen Ausdruck halte ich für ausreichend. (Lebhaftes Hört, hört links.) Präsident Lobe rügt diesen Ausdruck.

Das württembergische Arbeitsministerium ersuchte im Februar die Zivilverwaltung um Aufklärung. Monatslang keine Antwort, und schließlich nach einem Mahnschreiben die Mitteilung, das Schreiben sei unauffindbar. (Hört, hört links.) Nach einem erneuten Schreiben und einer neuen Mahnung wieder keine Antwort und nach zehn Monaten die Erwiderung, die Angelegenheit sei dem Reichsamt des Innern übergeben worden. Die Entscheidung werde mitgeteilt werden. (Abg. Höllein: „Das war wohl Herr Minister Koch?“ — Abg. Koch: „Nein, das war ich nicht!“) Derjenige, der alle diese Dinge entschieden hat, war der Staatssekretär Oswald. (Lebhaftes Hört, hört links.)

1920 kam dann endlich die Entscheidung, daß der Reichsminister des Innern nachträglich damit einverstanden ist, daß die von dem Oberamtmann Bazille überhöhten Bezüge als einmalige Entschädigung für seine der Zivilverwaltung nach dem Ausscheiden geleisteten Dienste anzusehen sei. (Wachen und stürmische Zurufe links.) Von dieser Arbeit hätte Herr Bazille seiner vorgelegten Behörde Mitteilung machen müssen. Im übrigen aber ist in den Reichsakten — die auch nicht zu finden sind — vermerkt, daß Herr Bazille solche Dienste nach seinem Ausscheiden nicht geleistet hat. (Lebhaftes Hört, hört links.)

Charakteristisch für die Moral des Herrn Bazille ist noch folgendes: Juni 1914 nahm er in seiner Eigenschaft als Beamter an einer Sitzung eines Hochschulgremiums teil und fuhr dorthin mit dem Auto eines Teilnehmers. Trotzdem reichte er eine Rechnung über Fahrkosten 2. Klasse ein. (Stürmische Heiterkeit, hört, hört links.) Da sich Herr Bazille hier als Moralheld arbeitslos hat, was es notwendig, ihm diesen Spiegel vorzuhalten. (Stürmischer Beifall und Handklopfen links und in der Mitte.)

Abg. Fehrenbach (Z.): Was der erste Redner hier geleistet hat, erfordert auch von meiner Partei eine energische Zurückweisung. (Zustimmung.) Die Situation im Deutschen Reich ist so, daß auch die schärfste Opposition sich verpflichtet fühlen sollte, in Tönen zu reden, die sich wenigstens einigermaßen mit dem Anstand vertragen. In den weitesten Kreisen hat Verständnis für den Ernst der Situation Platz gegriffen. Wir dachten, die Gesetze zum Schutze der Republik in ruhiger Weise erledigen zu können. Aber das, was wir jetzt gehört haben, dieses Gift ist nicht herangezogen im Moment der Ueberzeugung. (Stürmische „Sehr wahr!“), es ist präpariert in sorgfältiger Arbeit, um es hier zu verspritzen.

Haben Sie (nach rechts) diese Rede Ihres Fraktionskollegen angehört? (Rufe rechts: Jawohl!) Sind Sie imstande, diese Rede mit Ihren Empfindungen gützuheben? (Rufe v. d. d. Deutschnationalen: „Jawohl!“) — Stürmische Heiterkeit von den Kommunisten bis zum Zentrum.)

Glauben Sie mit diesen Tönen, mit diesem Gift und dieser Galle eine Reinigung in Ihrem Parteilager herbeizuführen? Wenn irgendwo scharfe Worte gegen Sie gefallen sind, so waren sie herbeigerufen durch die Art, wie Sie geredet haben. Ich bezeichne Sie und Ihre Parteilangehörigen nicht und auch nicht darum, wie Sie glauben, draußen Propaganda zu machen. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß es noch Leute gibt, die für diese Art des Kampfes kein Verständnis haben, und daß es auch Leute unter Ihnen geben wird, die nach dieser Art der Aufführung in Ihren Reihen zu sitzen nicht mehr imstande sind. (Lebhaftes Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Emminger (Bayer. Sp.): Den Gesetzentwurf über die Bereistellung von Mitteln zur Durchführung der Maßnahmen zum Schutze der Republik nehmen wir an. Das Amnestiegesetz lehnen wir ab, ebenso den Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik und das Gesetz zum Schutze der Republik. Auch für den Gesetzentwurf über die Schaffung eines Reichspolizeiamtes können wir nicht stimmen.

Abg. Stresemann (D. Sp.): Die Rede des Abg. Emminger hat gezeigt, daß er und seine Freunde die Nervon nicht verloren haben. Um so bedauerlicher ist daher, daß der Abg. Bazille solche eine Rede gehalten hat. Welch ein Abstand zwischen Herrn Düringer und ihm! (Lebhaftes Zustimmung.) Die Rede des Abg. Bazille mußte das Feuer legen.

Der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik bereitet niemand Freude. Er ist aus der Not geboren, aber gewisse Bedenken, wenn auch lange noch nicht alle, sind beseitigt worden. Wenn wir wahrnehmen, daß gegen Sie (nach links) parteilich vorgegangen wird, dann werden wir unsere Stimme dagegen erheben und für Abhilfe sorgen. (Gelächter links.) Stimmen mir für das Gesetz, so tun wir es, weil wir den Zustand willkürlicher Anwendung der Verordnung durch das Gesetz befristet wollen, für das dann aber auch die unbedingte Gewißheit objektiver Anwendung gewährleistet werden muß. Wie bedauern, daß unsere

Wünsche zum Staatsgerichtshof nicht in Erfüllung gegangen sind, hoffen aber, daß er keine Parteireize fassen, sondern objektiv Recht suchen und Recht sprechen wird. Der Kampf um die Staatsform hat in dieser schweren Not der Zeit zu schweigen. Die höhere Rücksicht gebietet, ihn ruhen zu lassen. (Lebhaftes Beifall.) Diesen Ruf rufen wir an das ganze deutsche Volk. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) billigt den Grundgedanken der Vorlage, die er aber ablehnt, weil sie zu sehr in die bundesstaatliche Selbständigkeit eingreift und im besonderen die Justiz und Polizeihohheit der Länder verlegt.

Abg. Koenen (Komm.): Die Rede Bazilles war ein offizieller Vorstoß gegen den Reichspräsidenten, wie die Rede Helfferichs ein Vorstoß gegen Rathenau war. Die Nationalisten werden wieder frech; der Vorsitzende der Deutschnationalen Fraktion hat gegen die Abg. Höllein, Kemmele und andere Strafantrag gestellt, weil sie den Abg. Helfferich aus dem Reichstag verdrängen wollten. Der Staatsanwalt hat aber wegen der Immunität der Abgeordneten das Ermittlungsverfahren während der Session abgelehnt. Ich habe aber schon eine Vorladung bekommen. Das Gesetz ist schlechter als die Verordnung. Darum müssen wir es ablehnen.

Abg. Henke (U. Sp.) wendet sich zunächst gegen die kommunistischen Thesen und fährt fort: Eine solche verantwortungslose Politik machen wir nicht mit. Wir wissen, daß zum Schutze der Republik auch die im Bürgertum vorhandenen republikanischen Kräfte mobil gemacht werden müssen. Der Fortschritt, der im Gesetz zum Schutze der Republik liegt, kann nur böswillig verkannt werden. Die Reaktion kann nur durch den Zusammenschluß des Proletariats niedergeworfen werden. Wir waren zu diesem Zusammenschluß bereit, während die Kommunisten dagegen arbeiteten. Ihnen (zu den Komm.) wird bald die Pusse und den Rosslauern die Lust ausgehen, Ihnen noch mehr Geld für Ihre Dummheiten zu geben.

Die Rede des Abg. Bazille hat erneut die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Republik bewiesen. Von den Volksparteiern, diesen angedickten Republikanern, ist ein Schutz der Republik nicht zu erwarten. Die Koalitionsparteien haben leider beim Schutze der Republik völlig versagt. Wir versprechen uns von dem Gesetz zum Schutze der Republik vor allem außerpolitische Erfolge und damit eine günstige Beeinflussung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Der wirksamste Schutz der Republik ist die Arbeiterschaft; ihrer wirtschaftliche Not muß daher gesteuert werden, wozu eine vernünftige Finanzpolitik unerlässlich ist. Wir waren bereit, zum Schutze der Republik sogar in die Regierung einzutreten, aber wir bleiben eine revolutionäre Partei und werden den Klassenkampf weiterzuführen. (Beifall bei den U. Sp.)

Abg. Bazille (Dnat. Sp.) wendet sich unter fortwährenden Zwischenrufen der Linken gegen die Kritik, die seine Vorredner an seinen Ausführungen geübt haben. Von den Behauptungen des Abg. Keil, der als württembergischer Arbeitsminister der Vorgesetzte des Redners ist, sagt er, daß sie alle un wahr sind. Die von Belgien mitgenommenen Nahrungsmittel habe ich selbst gekauft, unbedingte Bezüge habe ich nicht erhalten. Dann soll ich eine Automobilschicht gemacht und trotzdem eine Eisenbahnfahrt liquidiert haben. Ich mußte selbstverständlich dem Chauffeur Trinkgeld geben. (Stürmische anhaltende Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Abg. Keil (Soz.): Von den von mir mitgeteilten Tatsachen hat Herr Bazille auch nicht ein Tipfelchen wegzudisputieren vermocht. Die Nichtigkeit meiner Angaben kann Herr Bazille nicht bestreiten. Ueber die Einzelheiten seiner Verfehlungen wird an anderer Stelle zu sprechen sein. Sobald alle Einzelfälle geprüft sind, wird das Disziplinarverfahren eingeleitet. Es ist ein Gebot der politischen Reinlichkeit und der Notwehr, solchen Vorkäufen die Maske vom Gesicht zu reißen und sie zu entlarven als moralisch verkommene, politische Brunnengrübler. (Beifall links. Stürmische Heiterkeit rechts.)

Es folgen dann die Abstimmungen über den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik, über die wir an anderer Stelle gesondert berichten.

Die zu Beginn der Sitzung ausgeführte Abstimmung über den Antrag der Koalitionsparteien, einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der gegen die Reichswehr erhobenen Anschuldigungen und die Art, wie der Reichswehrminister diese Beschwerden erledigte, wird jetzt vorgenommen und ergibt die Annahme des Antrages.

Brandenburgischer Bezirkstag.

Gemäß § 22 des Bezirksstatuts beruft der Bezirksauschuß den diesjährigen ordentlichen Bezirksparteitag zum 19. und 20. August nach Berlin, Abgeordnetenhaus, Prinz-Albrecht-Str. 5 (Saal 8) mit folgender Tagesordnung

Tagesordnung

- ein:
1. Geschäfts- und Kassenbericht (Beitragsregelung). Bericht: erstatter Wilh. Krüger, Rich. Schmidt.
 2. Die politische Lage und der deutsche Parteitag. Referent: Genosse Otto Weis.
 3. Wahl der Delegierten zum Parteitag in Augsburg.
 4. Anträge.
 5. Sonstiges.

Die Wahl der Delegierten erfolgt nach § 26 des Bezirksstatuts entsprechend den an die Unterbezirke ergangenen Mitteilungen.

Anträge an den Bezirkstag sind bis spätestens 12. August an untenstehende Adresse einzusenden.

Wegen Quartierbeschaffung wolle man gleichfalls diese Adresse benutzen.

Der Bezirksauschuß unseres Bezirksverbandes beruft zum Sonnabend, den 19. August, vormittags 11 Uhr einen

Bezirksbeamtenstag

nach Berlin, Abgeordnetenhaus, Prinz-Albrecht-Str. 5 (Saal 8) ein.

Tagesordnung

1. Zweck und Aufbau des Bezirks-Beamtenmerbeauschusses. Referent: Leiter der Zentralkasse Gen. Herrn. Wäger-Berlin.
2. Die Beamtenrechtsgesetzgebung im Reich. Referent: Gen. Steinkopf, WDR.
3. Wahl der Mitglieder für den Bezirkswerbeauschuß.

Zur Teilnahme an dieser Tagung sind die parteigenösslichen Beamten aller Verwaltungsorgane der Reichs-, Staats- oder Gemeindeverwaltung berechtigt, einschl. Lehrer.

Ortsvereine, in denen Beamtenwerbeauschüsse bestehen, werden ersucht, in Gemeinschaft mit den parteigenösslichen Beamten mindestens einen Vertreter zu entsenden.

Ortsvereine, in denen Werbeauschüsse noch nicht gebildet, die Voraussetzungen dafür aber vorhanden sind, werden ihren Vertreter am zweckmäßigsten in der Mitgliederversammlung bestellen.

Die Kosten für die Delegation tragen, soweit die Delegierten selbst dazu nicht in der Lage sind, die delegierenden Ortsvereine.

Die Konferenz muß pünktlich 11 Uhr beginnen, da um 6 Uhr der Bezirkstag im gleichen Saal zusammentritt.

Mit Parteitag

Der Bezirksauschuß.
F. W. Wilhelm Krüger,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Es folgen dann die Abstimmungen über das Amnestiegesetz und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik, über die wir im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Gesetz zum Schutze der Republik berichten.

Bei der dritten Beratung des Reichskriminalpolizeigesetzes verweist

Abg. Simon-Franken (U. Sp.) zur Begründung der Notwendigkeit des Gesetzes auf eine Zeitungsmeldung, wonach die beiden Rathenau-Würder kurz vor ihrer Entdeckung schon Fühlung mit Münchener Helfern genommen hatten, die sie mit falschen Pässen über die tschechische Grenze schaffen wollten.

Abg. Hamm (Dem.) legt gegen diese „politische Brunnengiftung“ des Redners Verwahrung ein.

Ueber die Abstimmung berichten wir ebenfalls an anderer Stelle. Mit großer Mehrheit wird dann in der dritten Beratung die Vorlage über die Bewilligung von 75 Millionen Mark zum Schutze der Republik angenommen.

Der ersten Beratung eines Antrages der Mittelparteien auf Forderung des Strafgesetzbuches (Maßnahmen gegen Sprengung der Versammlungen), der nachträglich eingebracht wurde, widersprechen die Kommunisten.

Präsident Lobe schlägt vor, diesen Antrag auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung zu setzen. Durch den Einspruch der Kommunisten wird das unmöglich gemacht.

Präsident Lobe schließt um 1/6 Uhr die Sitzung und beruht eine neue auf 1/6 Uhr an.

In der neuen Sitzung wurde gegen den kommunistischen Einspruch, der nicht ausreichend unterstützt war, beschloffen, auf die Tagesordnung einer neuen Sitzung den Gesetzentwurf gegen Versammlungssprengung zu setzen.

Präsident Lobe beruft die nächste Sitzung auf 6,25 Uhr ein.

Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht als erster Punkt der vom Abg. Stresemann (D. Sp.) und Genossen beantragte Gesetzentwurf auf Einführung eines neuen Paragraphen 107a in das Strafgesetzbuch. Beantragt wird die Ueberweisung an den Rechtsauschuß.

Abg. Koenen (Komm.): Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten hat der Bremer Senat die unabhängige „Bremer Arbeiterzeitung“ verboten (Bravol rechts). Der neue Paragraph wird auch nur gegen die Arbeiter angewendet werden.

Abg. Dr. Leol (U. Sp.): Um die Durchführung des Gesetzes muß Schritt für Schritt in jeder Stufe noch jahrelang gekämpft werden, bis die Bürokratie gelernt hat, es gegen die anzuwenden, gegen die es sich richtet. Der Bremer Fall ist ein Standal für die Republik. Gegen solche Verhöhnungen der Regierung kann nur mit Gesetzen vorgegangen werden. Die Disziplinmaßnahmen genügen nicht, um mit solchen starrköpfigen Lumpen von Beamten fertig zu werden. Wir beantragen, auch einen Antrag von uns, der gesetzgeberische Abhilfe schaffen will, mit dieser Beratung zu verbinden und an den Rechtsauschuß zu überweisen.

Bremischer Gesandter Dr. Nebelthaus verteidigt die Maßnahmen des bremischen Senats damit, daß die sozialdemokratische Presse sofort nach dem Tode des Reichspräsidenten lebhafteste Angriffe gegen den Senat gerichtet habe, weil er angeblich die Verordnung labotiere. Der Bremer Senat hat an dem Gesetz eifrig mitgearbeitet und ihm zugestimmt. Am letzten Freitag hat der Senatspräsident nachgewiesen, daß zwei oder drei Vereine aufgelöst seien, daß weitere Untersuchungen im Gange seien, aber noch kein ausreichendes Material geliefert hätten. Die „Bremer Arbeiterzeitung“ hat diesen Bericht des Senatspräsidenten aufs schärfste kritisiert und die Unterstellung, es sei mit betrügerischen Berichten gearbeitet worden, in einer Form gebracht, die eine Verächtlichmachung des Hauptes der Bremer Bürger, schaft war. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Ob dieses der Anlaß war, die Nummer zu beschlagnahmen, kann ich nicht sagen.

Abg. Henke (U. Sp.): Der Bürgermeister Bremens hat sich in der Bürgerschaft nicht genügend gegen den Vorwurf verteidigen können, daß der Senat die Verordnung des Reichspräsidenten nicht hinreichend gegen Vereine, wie den „Stahlhelm“ und den Schutz- und Trutzbund und gegen Boffensunde anwendet hat. Der bremische Senat ist reaktionär und betreibt eine reaktionäre Politik.

Bremischer Gesandter Dr. Nebelthaus erklärt, daß die Verfassung in Bremen nach jeder Richtung hin geschützt wird. (Wärm links.)

Der Gesetzentwurf wird zusammen mit dem Antrag Leol an den Rechtsauschuß überwiesen.

In allen drei Lesungen wird dann ein Initiativ-Gesetzentwurf angenommen, der die Entschädigung der Reichstagsabgeordneten auf monatlich 10000 M. festsetzt. — Nach Erledigung einer großen Anzahl von Petitionen erhält das Wort

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Einer alten Tradition entsprechend, möchte ich im Namen aller Mitglieder des Hauses dem Herrn Präsidenten den Dank aussprechen für die Leitung der Verhandlungen. (Allseitiger Beifall.) Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) In wilderregten Sitzungen hat er durch Takt, Energie und Humor verstanden, das Haus immer wieder zusammenzuführen. Oft ist er der Dolmetscher der Empfindungen des Hauses und des ganzen Volkes gewesen, wenn er in wichtigen Momenten, wo Deutsche in unser Heimatland zurückkehrten oder von uns getrennt wurden, oder unseren deutschen Brüdern in Oesterreich die Gefühle der Sympathie ausdrückte. Für all das danken wir Ihnen, Herr Präsident. (Lebhaftes Bravol)

Präsident Lobe dankt für die freundlichen Worte.

Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung je nach der innen- und außenpolitischen Lage, spätestens aber am 17. Oktober, einzuberufen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Mittwoch, den 19. Juli:

Abstimmung, Kaffeezeit Heute abend Wortenaussage für die Monate Juli und August. Die Wahlen müssen unbedingt heute abgeholt werden. Aussprache nur in der Zeit von 6-7 Uhr.

Freizeitabende. Jugendheim Berliner Str. 44, Vortrag: „Das alte Rom und sein Untergang.“ — Gymnasien. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Die Theorie des modernen Sozialismus.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Einführung in die Naturgeschichte.“ — Radau. Jugendheim Restaurant Sausfeld, Vortrag: „Einführung der Arbeiterjugendbewegung.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Entwicklung der Erde.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pflichten der Mitglieder.“ — Radau. Jugendheim Radau 10, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Reinhold Heine Leben und Werke.“ — Radau. Jugendheim Grenzstraße 10, Vortrag: „Rechte und Pf

Ermittlungen auf Burg Saaleck.

Verhaftung des Dr. Stein.

Berlin, 18. Juli. (WTB.) Der Mörder der Saaleckburg, in welcher sich die Mörder des Ministers Rathenau erschossen haben, ist wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen worden. Er wird nach Berlin übergeführt. Die Ermittlungen der Berliner polizeilichen Vorgesetzten erstrecken sich jetzt weiterhin darauf, ob noch weitere Personen der Begünstigung schuldig sind. Es wird festgestellt sein, welche Heferscheider die Flucht von Fischer und Kern in den Tagen vom 9. bis 17. Juli unterstützt haben. In dieser Hinsicht ist folgendes bemerkenswert: Die Leiche von Kern weist an beiden Oberarmen halberhellte etwa acht Tage alte Schußwunden von Schrotkugeln auf. Derjenige, welcher in den letzten acht bis zehn Tagen mit Schrot auf verdächtige Personen geschossen hat, wird gebeten, dem Berliner Polizeipräsidium Abteilung Ia Mitteilung zu machen.

Raumburg a. S., 18. Juli. (WS.) Auf die Meldung von dem Selbstmord der Rathenau-Mörder im Turm der Ruine Saaleck traf im Laufe des Dienstag vormittag Oberstaatsanwalt Hagen aus Raumburg mit seinen Beamten in Saaleck ein, um dort die notwendigen Feststellungen zu treffen. In Gegenwart von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums fand eine gründliche Durchsichtung der Räumlichkeiten im Innern der Burg statt. Bei den Leichen der Mörder wurde neben den Kleidungsstücken, die sie sich bekanntlich auf ihrer Flucht von Mecklenburg nach Mitteldeutschland unterwegs beschafft hatten, sowie einer Generalstabkarte,

bares Geld in Höhe von 3000 M.

gefunden. Danach trifft die Annahme nicht zu, daß Fischer und Kern auf ihrer Flucht vom Geld und sonstigen Hilfsmitteln entblößt waren. Allem Anschein nach hatten sie das Versteck in der Ruine Saaleck nur deshalb aufgesucht, um dort das Ende der polizeilichen Fahndungsaktion in Mitteldeutschland abzuwarten und dann mit Hilfe falscher Ausweispapiere und Auslandspässen, die mit Kurieren schon von Süddeutschland

nach Rösen unterwegs waren, die Flucht fortzusetzen und das Ausland, vermutlich die Tschechoslowakei, zu erreichen. Die Polizeiaktion gegen Burg Saaleck scheint danach nach gerade im richtigen Moment erfolgt zu sein, wären die Beamten auch nur 24 Stunden später gekommen, so hätten sie wahrscheinlich das Versteck gefunden. Die Rolle, die der augenblickliche Bewohner des Turmes, der Vorsteher der Burg- und Waldgemeinde Thüringens Dr. Hans Wilhelm Stein, in dieser Angelegenheit spielt, ist noch nicht geklärt. Dr. Stein war am letzten Donnerstag mit seiner Frau nach Berlin gefahren und kehrte am Montag abend nach Saaleck zurück, kurz nachdem die beiden Mörder in den von ihm bewohnten Räumen tot aufgefunden worden waren. Da ihm die Beamten den Zutritt zur Burg verweigerten, blieb er die Nacht über im Dorfe Saaleck. Gestern vormittag wurden er und seine Frau in Schutzhaft genommen

und nach dem Untersuchungsergebnis übergeführt. In seiner Wohnung im Burgturm fand man einen Karabiner, eine Pistole und dazugehörige Munition. Die Nachforschungen der Polizei bewegen sich hauptsächlich in der Richtung, inwieweit Dr. Stein möglicherweise als Begünstiger und Helfer der beiden Mörder in Frage kommt, und ob ihm ein Zusammenhang mit irgendwelchen rechtsradikalen Organisationen nachgewiesen werden kann. Im Laufe des Nachmittags wurden die Leichen der Mörder aus der Ruine nach der Friedhofskapelle des Dorfes Saaleck geschafft, wo sie verbleiben werden, bis über die Beerdigung nähere Verfügungen getroffen worden sind. Die Angehörigen Fischers und Kerns sind von den Behörden benachrichtigt worden. Das Kommando der Raumburger Schutzpolizei, das die Umgebung der Ruine am Montag abgesperrt hatte, wurde nach der Ueberführung der Leichen zurückgezogen. Die Räume der Burg bleiben verschlossen, bis die Frage der Beteiligung des Dr. Stein geklärt ist.

Verbot einer antisemitischen Studentenlagung. Das Oberpräsidium für Hessen-Rheinland hat die von den auf antisemitischer Grundlage stehenden Gruppen der deutschen und österreichischen Studentenenschaft für Ende Juli nach Würzburg einberufene Studentenlagung auf Grund des Allgemeinen Landrechts und auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik verboten.

Die Waffensammlung des Berliner Zeughauses hat in der letzten Zeit eine durchgreifende Neuordnung erfahren. Diese Arbeit, in der die Leistung des Zeughauses vollkommen mit der alten Anschauung brechen mußte, nach der das Zeughaus als eine Art Mittelweg zwischen einem Museum und einer „patriotisch-militärischen Erbauungsanstalt“ galt, und folgerichtig den Museumscharakter zum Durchbruch brachte, ist nun bis zu einem gewissen Grade zum Abschluß gekommen. Der Generalverwaltung der staatlichen Kunstsammlungen und nicht mehr, wie früher, einem militärischen Kommando unterstellt, zeigt jetzt das Zeughaus in seiner Waffensammlung den Charakter einer Kunstsammlung nach Art eines militärischen Trachtenmuseums von hohem Range. Der Direktor des Zeughauses, Dr. M. Binder, und der Kultus, Dr. Post, haben hier, unterstützt von dem Waffenmeister Rohde, eine Neuordnung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten geschaffen. Eine besondere Leistung war die Ausschleibung vieler unedler Stücke.

Vorkaufsliches Kochen. Koch heute bedienen sich, wie man in den Reisebilderungen lesen kann, die Polynesier vielfach des Verfahrens, daß sie glühendgemachte Steine in Erdgruben werfen und auf diese Weise braten und kochen. Das Verfahren ist in den ältesten Zeiten, als man noch keine Steinernen, eburnen oder gar eiserne Kochtöpfe hatte, auch in Europa heimisch gewesen. Vor kurzem wurde man in der Gegend von Norfolk in England wieder darauf aufmerksam, als die Kaninchen in einem Park ein Anzahl von Feuersteinen aus der Erde wählten, die offenbar in großer Hitze geplatzt waren und auch sonst Zeichen trugen, daß sie einmal starkem Feuer ausgesetzt waren. Ähren und Kanten waren angeschmolzen, Asche und Kohlenstücke klebten daran fest. Als dann die Vorgeschichtliche Gesellschaft von East Anglia von diesen Funden Kenntnis bekam, ließ sie nachgraben. Man fand eine ganze Zahl von Erdgruben, die später mit fremder Erde ausgefüllt worden waren, und eine Menge von Steinen, die offensichtlich als Heiz- oder Kochsteine gedient hatten. Eine Mrs. R. Vanard interessierte sich besonders für das Kochverfahren der Alten. Sie suchte es nachzuahmen. Eine der ausgeworfenen Erdgruben wurde mit einer frisch abgezogenen Kuhhaut austapeziert, so daß das hineingegossene Wasser nicht so leicht verdunstern konnte. Dann tat man etwas Fleisch von derselben Kuh hinein. In der Nähe wurden in offenem Holzfeuer Steine soweit als möglich erhitzt; man stieß sie dann mit diesen Knütteln geradeswegs in die Kochgrube. Dieses wurde schließlich mit einer weiteren Kuhhaut zugedeckt und etwas Erde darüber geschüttet. Als man nachher den Apparat öffnete und das Wasser ausschöpfte, fand man in dem ledernen Topf die inzwischen abgekühlten Steine, etwas Reste von Rohle, allerlei Schmutz und schließlich Fleisch in weichen, freilich etwas unansehnlichem Zustande. Die Vorgeschichtliche Gesellschaft von East Anglia sprach Mrs. Vanard für ihr Kochverfahren ihre höchste Billigung und Befriedigung aus. — Guten Appetit!

Die Einwohnerzahl Polens betrug nach dem Ausweis des statistischen Dienstes am 30. September 1921, ohne Warschau und Oberschlesien auf 370 000 Quadratkilometern 25,4 Millionen.

Reptilien in Amerika. Die Vereinigten Staaten erbauen jetzt ein Luftschiff, das (nachlässig) das größte der Welt sein soll. Kapitän Deinen von der Juppelin-Gesellschaft, einer der bekanntesten Luftschiffpiloten während des Krieges, ist mit der Oberaufsicht über den Bau des Juppelin beauftragt worden. Ein zweites großes Luftschiff soll für Amerika von der Deutschen Juppelin-Gesellschaft erbaut werden.

Die Forderungen des Garantiekomitees.

WTB. meldet: Das Garantiekomitee ist nach einer Schlußsitzung, die unter Vorsitz des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der Deutschen Regierung stattfand, nach Paris zurückgekehrt.

Ueber die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen dem Interalliierten Garantiekomitee und der Reichsregierung, die nunmehr als abgeschlossen betrachtet werden können, sind bisher authentische Mitteilungen noch nicht erfolgt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Garantiekomitee nach Prüfung der deutschen Finanzlage ziemlich schwere Forderungen aufstellen würde. Im Zusammenhang damit war auch eine zeitlang das Gerücht verbreitet, daß der Reichszentralrat noch in der gestrigen letzten Sitzung des Reichstages vor den Ferien eine Erklärung hierüber abgeben werde. Daß dies nicht der Fall war, läßt wohl darauf schließen, daß zu einem besonderen Pessimismus einzuweichen kein Anlaß vorliegt.

Auch von der Gegenseite liegen noch keine bestimmten Nachrichten vor. Es kann als sicher angenommen werden, daß die Regierungen erst die Beschlüsse der Reparationskommission abwarten werden, die ihrerseits wiederum die Rückkehr des Garantiekomitees abwartet. Bis dahin wird sich allerdings der Druck der einzelnen Regierungen auf ihre jeweiligen Vertreter in der Reparationskommission auswirken, und es ist bekannt, in welchem Sinne Poincaré das Urteil des Vorsitzenden der Kommission, Louis Dubois, zu beeinflussen versucht: Feststellung eines „verschuldeten Versagens“ Deutschlands, als ständiger Vorwand für die Ergreifung von Zwangsmassnahmen aller Art.

Es ist daher auch interessant, über die Anschauungen des englischen Vertreters, Sir John Bradburn, näheres zu erfahren. Hierüber meldet WTB. aus London:

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, Sir John Bradburn habe ihn ermächtigt, zu erklären, es sei nicht richtig, daß er der Reparationskommission Vorschläge bezüglich der Behandlung des deutschen Gesuchens für eine Ausdehnung des Moratoriums gemacht habe. Ebensovienig sei richtig, daß er annehme, es werde der Fall eintreten, daß die Frage durch Wehrheitsbeschluß erledigt werde. Er sei der Auffassung, daß der Bericht des Garantiekomitees sorgfältig abgewogen werden müsse. So weit er die Lage überblicken könne, erscheine ihm die Gewährung eines Moratoriums mindestens bezüglich der Verzinsung im Jahre 1922 unvermeidlich. Da aber seines Erachtens die gegenwärtige sehr ernste Lage im hohen Grade die Folge des Scheiterns der von ihm bezüglich des Bankierauschusses empfohlenen Politik sei, sei er der Ansicht, daß die Initiative bei dem Vorschlag der notwendigen Abhilfemaßnahmen den französischen Delegierten in der Reparationskommission überlassen werden sollte. Bevor er also einen Entschluß bezüglich des einzuschlagenden Kurses fasse, warte er die Vorschläge ab, die sein französischer Kollege zweifellos nach Empfang des Berichtes des Garantiekomitees machen werde.

Andererseits hat Lloyd George, nach einer Meldung des „Matin“, vor einigen Tagen der französischen Regierung eine Note überreicht, in der er aus Anlaß der Reparationsfrage auf die Notwendigkeit einer Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten hingewiesen habe. Poincaré habe darauf noch nicht geantwortet, doch glaubt das Blatt, daß er die Einladung annehmen und sich nach London begeben werde, sobald die Reparationskommission ihre Entscheidung über das deutsche Moratoriumsgesuch getroffen haben wird. Das werde aber noch mindestens vierzehn Tage dauern. Wie unklar die Absichten Poincarés sind, geht jedenfalls aus der am Montag abend vom offiziellen „Temps“ aufgestellten Behauptung hervor, daß Poincaré einer solchen Zusammenkunft abgeneigt sei. Der französische Ministerpräsident scheint also auf eine Verschärfung der Lage hinzuwirken, aber er weiß nur noch nicht, wie er dabei vorgehen soll, ohne Frankreich wieder einmal vor aller Welt ins Unrecht zu setzen.

Ein nicht genanntes Mitglied der Reparationskommission soll der Pariser Redaktion der „New York Herald“ erklärt haben, alles deute auf den Wiederzusammentritt des internationalen Anleiheausschusses als die einzige Lösung hin, selbst dann, wenn das Moratorium gewährt wird. Dieser Ansicht sind wir auch. Hätte Frankreich dies schon vor sechs Wochen erkannt, dann wäre jene für alle Teile verhängnisvolle erneute Verschlimmerung der Lage Deutschlands wohl nicht eingetreten. Wenn die Bankiers jetzt wieder zusammentreten, dann werden sie ihre Beschlüsse nicht nur aufrecht erhalten, sondern logischerweise sogar noch in einem für Frankreich peinlichen Sinne verschärfen müssen. Es ist eben das ewige Schicksal aller bornierten Gewaltpolitiker, daß sie den richtigen Augenblick immer verpassen und die richtigen Lösungen erst dann annehmen, wenn es zu spät ist.

„Europa-Bresh“ drahtet aus Paris: Dem „Temps“ zufolge wird das Garantiekomitee folgende Forderungen aufstellen:

Kontrolle über die Ausgaben und die Durchführung der Finanzgesetze, außerdem eine Ueberprüfung der vom Reichstag angenommenen Steuergesetze, die Bormahme von Stichproben betreffend den Steuerertrag. Das Budget soll dem Komitee zu gleicher Zeit wie dem Reichstag unterbreitet werden, ebenso die geplanten Staatsausgaben. Es sollte ein Gesetz angenommen werden, wonach die Exporteure gehalten wären, die für die Warenverkäufe erhaltenen fremden Devisen nach Deutschland zurückzunehmen. Die Durchführung dieses Gesetzes sollte vom Komitee kontrolliert werden. Was die Statistiken anbelange, so sei diese Sache etwas heikler, weil die deutsche Regierung nicht immer darauf halte, das Publikum zu unterrichten. Es würde aber genügen, wenn die deutsche Regierung auch nur einen elementaren guten Willen bezeugen würde. Das Garantiekomitee sollte außerdem mit Vollmachten ausgestattet werden, um von Deutschland die nötigen Aufklärungen und Informationen fordern zu können. Es sei z. B. verwunderlich, daß das Komitee erst durch die Zeitungen von dem deutschen Moratoriumsgesuch Kenntnis erhielt. Wenn das Komitee eine gewünschte Aufklärung nicht erhalten würde, sollten Sanktionen festgesetzt werden und die Reparationskommission sollte das Recht haben, ein Versehen Deutschlands festzustellen.

Das Satyrspiel der Ausfuhrabgabe.

London, 18. Juli. (WTB.) Im Unterhaus wies Oberkassendirektor Murray darauf hin, daß in England die Erhebung einer Reparationsabgabe auf deutsche Einfuhrwaren vom britischen Parlament genehmigt worden sei, daß aber in den alliierten Ländern eine derartige Maßnahme nicht beschlossen worden sei. Wenn ein französischer, belgischer oder italienischer Kaufmann Waren aus Deutschland bezöge und nach England weiter-

schicke, so werde keine Reparation erhoben, während die britischen Kaufleute die Abgabe bezahlen müßten, die direkt von Deutschland importierten. Der Abgeordnete fragte den Premierminister, ob diesem unhaltbaren Zustand auf gesetzgeberischem Wege ein Ende gemacht werden würde. Ein Vertreter des Schatzamtes erwiderte, es liege kein Grund vor, die gegenwärtigen Bestimmungen der Reparationsabgabeakte zu ändern. Es seien dadurch in etwas mehr als einem Jahr über 5 Millionen Pfd. Stl. beim britischen Schatzamt eingegangen. Wedgwood fragte, ob diese 5 Millionen nicht vielmehr von den britischen Importeuren als von der deutschen Regierung bezahlt worden seien. Hierauf erfolgte keine Antwort.

Englands Bedingungen an Frankreich.

London, 18. Juli. (WTB.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß ein Mitglied des englischen Kabinetts beauftragt ist, den Mitgliedern des Völkerbundes die Ansichten Lloyd Georges über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde mitzuteilen. Das betreffende Kabinettsmitglied sei von Lloyd George bereits informiert worden, obwohl diese Frage zur Kompetenz der Völkerbundversammlung gehört. Der Pariser Korrespondent der „Times“, der gelegentlich sehr gut informiert ist, erklärt, daß England als seine Bedingungen für die Annullierung der französischen Schuld neben dem Verzicht auf einen Teil der Schuldforderung an Deutschland auf die Räumung des linken Rheinuferes und die freie Hand im Orient verlangen wird.

Todesurteile gegen Marschall Wilsons Mörder

London, 18. Juli. (WTB.) Die beiden Irländer Dunn und O'Sullivan wurden heute wegen Ermordung des Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

Calonder bei Ebert und Wirth.

Berlin, 18. Juli. (WTB.) Der Reichspräsident empfing heute mit tag den Präsidenten Calonder und die Mitglieder der Gemischten Kommission für Oberschlesien. Zu dem sich anschließenden Frühstück waren noch geladen der Reichszentralrat, der schweizerische Geschäftsträger, Reichstagspräsident Böde, Vizekanzler Bauer, der preussische Ministerpräsident Braun, Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär Lewald sowie die Staatssekretäre von Haniel, von Simson und Hemmer. Der Reichspräsident wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß Calonder als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien eine hohe Auffassung seiner Pflichten gezeigt und durch seine gerechte und stets verständnisvolle Haltung das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert habe. Deutschland habe aus Oberschlesien ein reiches, blühendes Kulturland gemacht, zahllose Töden verbänden Bergbau, Industrie und Landwirtschaft miteinander und hätten das Land zu einem wirtschaftlichen Ganzen gemacht; das harte Schicksal, das unser Volk getroffen habe, habe eine Milderung dieses Zustandes bestimmt; durch Entscheidung der alliierten Mächte sei die Grenze mitten durch die ober-schlesischen Lande gezogen. Deutschland sei entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehöre, weiter zu entwickeln und ihm nach langer schwerer Zeit Ruhe, Frieden und Ordnung wiederzugeben; es hoffe, daß auch Polen dem reichen ober-schlesischen Land, das wir ihm flutenden Herzens abtreten müßten, in gleicher Weise Fürsorge angedeihen lassen wird. Das Vertrauen des deutschen Volkes und der deutschen Regierung begleite den Präsidenten Calonder bei seiner großen und schweren Aufgabe.

Präsident Calonder dankte für die freundliche Aufnahme, die er in Berlin gefunden habe, und für das ihm durch die Worte des Reichspräsidenten ausgesprochene Vertrauen. Er drückte die Zuversicht aus, daß es seiner und der Kommission Arbeit gelingen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen, die Gegenstände in dem schwer geprüften Oberschlesien auszugleichen und dem Lande Frieden, Ruhe und Ordnung wiederzugeben.

Am Abend fand zu Ehren Calonders ein Abendessen beim Reichszentralrat Wirth statt.

Gegen Moskauer Todesurteile.

An die Regierung der russischen Sowjetrepublik ist gestern folgendes Telegramm abgefaßt worden:

Gegen alle Todesurteile erheben wir aus menschlichen, politischen und sozialistischen Gründen schärfsten Protest. Wir verlangen Schutz für das Leben der angeklagten Sozialistenrevolutionäre.

Reichstagsfraktionen der SPD. und USPD.
gez. Weis, Crispian.

Das Urteil des Revolutionstribunals ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Die Auslandsdelegation der russischen Sozialistenrevolutionäre sandte vor einigen Tagen an Vandervelde ein Telegramm, wonach nach den jüngsten Nachrichten mindestens zwei Todesurteile als sicher zu erwarten seien, nämlich gegen Gog und Donkoi.

Hungerstreik der Angeklagten?

Riga, 16. Juli. (SR.) Der Gerichtshof hat den Angeklagten der ersten Gruppe Zusammenkünfte mit den Verwandten verboten. Als Protest traten die Angeklagten am 11. Juli in einen Hungerstreik, der schon den dritten Tag dauert.

Deutschösterreichs Rettungsversuch.

Scharfe Kritik der Sozialdemokraten.

Wien, 18. Juli. (WTB.) Im Nationalrat begrüßte bei Beginn der Sitzung Präsident Dr. Weiskirchner die zum ersten Male im Hause erschienenen burgenländischen Abgeordneten mit einer herzlichen Ansprache.

Das Haus begann hierauf die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die innere Anleihe. Der Sozialdemokrat Dr. Renner erklärte hierbei, der vom bürgerlichen Block im Einverständnis mit der Bank- und Börsenwelt unternommene Versuch, die Finanzen zu sanieren, werde von der Börse zum Teil nicht ernst genommen, zum Teil durchkreuzt, wie die Kurse der Aktien an der Börse bewiesen. Gegenüber der Behauptung, daß der inneren Anleihe der Grundlag der Opfergleichheit zugrunde gelegt wurde, verwies der Redner insbesondere auf die Begünstigung der Grundbesitzer. Er hob hervor, welche große Opfer den Arbeitern durch die indirekten Steuern auferlegt würden. Der Redner schließt, die Sozialdemokraten könnten für diesen Finanzplan, der den Staat dem Finanzkapital vollständig ausliefern, die Verantwortung nicht übernehmen.

Wider Eisenbahnerstreik in Amerika. Nach einer Havasmeldung aus Washington haben 25 000 Eisenbahnarbeiter ohne Ermächtigung ihrer Organisationen die Arbeit eingestellt. Die Unruhen dauern an.

Gewerkschaftsbewegung

Warnung an Moskau!

Die Mahnungen an die Sowjetjustiz, ihren politischen Gegnern nicht juristisch gegenüberzutreten als die Zarenjustiz, sind schon so vielfach und so deutlich von sozialistischer Seite aus erfolgt, so auch vom Leipziger Gewerkschaftsfongress, daß man auf ihre Beachtung rechnen dürfte. Erneut erheben auch die Berliner Gewerkschaften durch ihre Körperschaften ihre Stimme durch die Abienung des folgenden Telegramms:

An den Vorsitzenden des Obersten Revolutions-Tribunale
Sjatalo, Moskau.

An den Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare
Kytow, Moskau.

Erhalten Nachricht, daß einer Anzahl der angeklagten Sozialrevolutionäre Todesstrafe droht. Erheben im letzten Augenblick Protest gegen solches Urteil, das tiefste Empörung bei der Arbeiterschaft hervorzurufen und die letzten Reste der Sympathie für Sowjetrußland vernichten würde.

U. A. Bund Gewerkschaftskommission
Ortsleiter Groß-Berlin. Berlins und Umgegend.
Platow. Sabath.

Falls sich die sowjetrussische Staatsraison überhaupt auf diese Warnungen einläßt, dann werden sie hoffentlich nicht wirklich ausgeführt, soweit sie sich auf die Verhinderung der Todesstrafe beschränken. Es ist bei der Vergangenheit der zaristischen Justiz nämlich sehr wohl denkbar, daß man auf die formelle Todesstrafe verzichtet und die Sozialrevolutionäre zu Strafen verurteilt, die einer zwar langwierigeren aber sichereren Todesstrafe gleichkommen. Worauf es ankommt bei all den Protesten, versteht man in Moskau sehr wohl.

Der Einwand einer Einmischung in russische Staatsangelegenheiten kann nach der Einmischung der russischen Staatslenker in die politischen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten der westeuropäischen Länder, insbesondere Deutschlands, nicht wohl erhoben werden. Die Kommunisten in Deutschland forderten und fanden die Zustimmung zu Amnestieforderungen zugunsten ihrer Anhänger, die auf Anweisung aus Moskau handelten und dadurch mit den Gesetzen der deutschen Republik in Konflikt gerieten. Sie hätten selbst von ihrem Standpunkte aus alle Ursache, sich den Mahnungen an die Sowjetjustiz anzuschließen und mit darauf hinzuwirken, daß sie ernstlich gewürdigt werden.

Zur Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter.

Einer Sozialkorrespondenz zufolge sollen die Verhandlungen des Magistrats mit dem Lohnrat der städtischen Arbeiter demnächst beginnen. Der Magistrat werde jedoch erst nach Regelung der Reichsarbeiterlöhne endgültig zu den Forderungen Stellung nehmen.

Teuerungsverhandlungen im Reichsfinanzministerium.

In einer Besprechung von Vertretern des Reichsfinanzministeriums und der politischen Parteien des Reichstages, die am Dienstag stattfand, kam man zu der Ansicht, daß es notwendig ist, daß der Ueberwachungsausschuß des Reichstages während der Parlamentsferien die Besoldungsfrage für die Reichsbeamten und Arbeiter in den Reichsbetrieben regelt. Am Sonnabend beginnen bereits die Besprechungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Die Eisenbahner gegen die Verwaltungsbürokratie.

Eine Vollversammlung der Betriebsräte der Eisenbahnen des Direktionsbezirks Berlin besaßte sich kürzlich mit dem Verhalten reaktionärer Beamten, das daraus hinausläuft, die Arbeiter zu entrechten und ständig zu schikanieren. Die hervorragendste Rolle dabei der Uebersichtsdirektor Wallbaum, gegen den die schwersten Vorwürfe als arbeitserfündlichen Vorgesetzten erhoben wurden. Er habe geäußert, die alten Eisenbahner gingen noch, aber die neuen seien gerade nach wert, über den Haufen geschossen zu werden. Obgleich die Berliner Eisenbahner schon damals gegen ein längeres Verbleiben des Herrn Wallbaum auf seinem Posten protestiert hätten, seien sie gutmütig genug gewesen, sich mit einer Erklärung dieses Herrn zu begnügen, worin er diese Ueherung mit Bedauern zurüchnahm. Den Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahner-Verbandes habe er aus seinem Zimmer gewiesen und ihm mit Klage wegen Hausfriedensbruch gedroht. Wallbaum provozierte die ihm unzureichenden Betriebsräte solange, bis er irgendeinen Grund zur fristlosen Entlassung erlangt zu haben glaubt. Die Schlichtungsstelle bei der Eisenbahndirektion Berlin unter dem Vorsitz des Geheimrats von Keubell, ehemaligen Offiziers, begünstigte dieses Treiben und stimmte in allen Maßnahmen der Verwaltung gegen die Arbeiterschaft mit der Verwaltung überein, wie es die Fälle Breitner (Stettiner Bahnhof), Bilz (Pantower Rangierbahnhof), Art (Bahnbetriebswerk

Ordnung) und viele andere beweisen. Besonders trotz Nege der Fall des Betriebsrats Schulz, der bis zu seiner Abberufung im Bahnbetriebswerk Potsdamer Bahnhof tätig war. Schulz habe sich mißliebige gemacht durch Bekämpfung der Korruption in der Verwaltung. Er habe Holz- und Kohlenlieferungen im größeren Maßstabe aufgedeckt, an denen Beamte in leitender Stellung hervorragend beteiligt gewesen seien. Ferner habe er die Bestrafung von Kollegen verhindert, die beschuldigt waren, von dem Schlackenofen, der von der Eisenbahndirektion an Bedienstete abgegeben wird, einige Stücke genommen zu haben, indem er nachgewiesen habe, daß alle Vorgelegten bis herauf zum Maschinenmeister 3 daselbst getan hätten. Daraufhin habe man die Beschuldigten freigesprochen, um so mehr aber sich gegen Sch. gewandt, indem man ein Reineidsverfahren aus diesem Anlasse gegen ihn konstruiert habe und seine Entlassung durchsetzte.

Maßregelungen dieser Art gehören zu den Alltätlichkeiten. Der Reichslohnrat werde einseitig ausgelegt, ebenso die Betriebsräteverordnung, eine in einzelnen Paragraphen geradezu ständelöse Arbeitsordnung sei durchgeführt worden und anderes mehr. Das alles habe die Stimmung unter den Eisenbahnern derart erbitert, daß es nur noch irgendeines Anlasses bedürfe, um eine Entladung hervorgerufen, die für die Allgemeinheit die größten Schäden zur Folge haben müsse, wenn die reaktionärsten Beamten nicht entfernt würden, die die Arbeiterschaft fortgesetzt schikanieren. Sämtliche Redner forderten Maßnahmen zur Entisierung derjenigen Beamten, die durch ihr ganzes Verhalten bewiesen, daß sie nicht fähig sind, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Versammlung stellte eine Liste von neun Deputierten auf und beauftragte den Bezirksbetriebsrat, diese der Verwaltung zu unterbreiten, um von ihr die Entisierung der Genannten zu fordern. Die Gesamtarbeiterschaft müsse die Eisenbahner in ihrem Kampfe gegen die Reaktion unterstützen.

(Aus dem Bericht geht leider nicht hervor, ob und in welcher Weise die Betriebsbetriebsräte ihre gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Eisenbahner-Verband, mit dieser Angelegenheit vertraut gemacht haben, die den Beschwerden nach gehöriger Prüfung nachgehen wird. D. Red.)

Achtung! Buchbinder! Achtung!

Die Auszahlung der Streikunterstützung für die Kollegenchaft der reinen Buchbindereien, Geschäftsbuchfabriken und der Briefumschlagbranche findet heute im Gewerkschaftshaus, Saal 3, wie folgt statt:

Streikartennummer	1-400	von	8-9 1/2	Uhr
	401-800		9 1/2-11	
	801-1200		11-12 1/2	
	1201-1600		12 1/2-2	
	1601-2000		2-3 1/2	

Die Ortsverwaltung.

Die für die streikende Kollegenchaft der reinen Buchbindereien und der Briefumschlagbranche für Mittwoch angelegte Versammlung muß umstündelhalber auf Donnerstag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, nach den Kammersälen, Teltower Straße, vertagt werden.

Zum Achtstundentag in Oesterreich.

Zwischen den Parteien im österreichischen Parlament wird über die Durchführung des tatsächlichen Achtstundentages bzw. seine bessere Ausnützung auch in den Staatsbetrieben verhandelt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Branche der Geschäftsbücher, Bogenarbeiter usw. Donnerstag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelplatz 24-25, Saal 1. Gruppe A: Papier, Verammlung. Bericht von der letzten Lohnverhandlung. — Gruppe B: Buchbinder, Donnerstag 7 Uhr in der Schule, Stollsdorferstr. 44. Gruppensammlung. Bericht von der Lohnverhandlung. — Glas- und Tapetereibergwerke, Donnerstag nachmittags 4 Uhr, Verammlung im Englischen Hof (großer Saal), Alexanderstr. 27b.

Achtung, Buchbinder! Für die Vertrauensleute und Betriebsräte der reinen Buchbindereien und Briefumschlagfabriken, die sich im Streik befinden, findet heute nachmittags 4 Uhr bei Graumann, Raunauerstr. 27, eine wichtige Versammlung statt. Erscheinen aller im Pflicht. Die Streikleitung.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft etwas flott. Fische genügend, Geschäft flau. Obst und Gemüse ausreichend, Geschäft flott.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch 55-63 M., ohne Knochen 64-76 M.	Schweinefleisch 87-101 M.	Hammelfleisch 50-75 M.	Kalbfleisch 42-75 M.	Schellfisch 12-16 M.	Soelachs 10-13 M.	Kabljau 12-20 M.	In Eis: Scholle 35 bis 45 M.	Hechte 45-52 M.	Lebende Aale 88-100 M.	Eier 7,50 M.	das Stück	Naturbutter 90-100 M.	Margarine 42-50 M.	Schweinefleisch 80-81 M.	Erbsen 12-15 M.	Linsen 18 M.	Graupen 13 bis 14,50 M.	Gerstengrütze 14 M.	Grisnudeln 20 M.	Sackobst: Aprikosen 80 M.	Aepfel 60 M.	Pflaumen 22-24 M.	Gemischtes 36-48 M.	Kartoffeln (neue) 60-75 M.	10 Pfund	Blumenkohl 30-35 M.	der Kopf	Grüne Bohnen 14-18 M.	Schoten 10 M.	Pflaumlirge 23-32 M.	Johannisbeeren 10-14 M.	Stachelbeeren 10-12 M.
---	---------------------------	------------------------	----------------------	----------------------	-------------------	------------------	------------------------------	-----------------	------------------------	--------------	-----------	-----------------------	--------------------	--------------------------	-----------------	--------------	-------------------------	---------------------	------------------	---------------------------	--------------	-------------------	---------------------	----------------------------	----------	---------------------	----------	-----------------------	---------------	----------------------	-------------------------	------------------------

Die teuere Justiz.

Man schreibt uns: Die Rechtspflege, die „bürgerlichen Rechtsfreitigkeiten“ dem Volke so billig wie möglich zu gestalten, sollte die Pflicht und das Ziel von Gesetzgeber und Verwaltung sein. Die unselbige Teuerung erschwert oder macht vielfach die Rechtsverfolgung bei den zeitgemäßen Gerichts- und Anwaltskosten bereits unmöglich. Ein jeder sollte aber wissen, daß die Zeugen gebühren ein noch wesentlicher Verteuerungsumstand sind. Verlangt der Zeuge seine Reisekosten und seinen Verdienstausschlag, so müssen die streitenden Parteien ihm diese seine Gebühren vergüten. Die Gerichtskasse legt den Betrag nur vor, wenn sie nicht selbst Voranschlag erhoben hat. Die Parteien haben also das größte Interesse daran, daß diese großen Unkosten ihnen möglichst durch das Gericht verringert werden. Das wäre heutzutage in vielen Fällen dadurch möglich, daß das Gericht, soweit die Zeugen in seinem Bezirk wohnen, sich selbst dort hin begibt und die Zeugen an ihrem Aufenthaltsort vernimmt. Den Zeugen ermächtigt er, keine Reisekosten und bei Rücknahme auf die Terminsstunde, wie ich sie vom sozialdenkenden Richter voraussetze, meist auch kein Verdienstausschlag. Zeugengebühren sind also dann nicht zu zahlen. Den Zeugen selbst ist dabei vielfach eine Annehmlichkeit erwiesen. Richter und Gerichtsschreiber erhalten nach dem Reisekostentarif meist zusammen weniger, als z. B. ein einziger Industriearbeiter, Bergmann oder Maurer zu beanspruchen hat. Gut so! Handelt es sich nun um die Vernehmung einer großen Anzahl Zeugen — und von diesem Falle gehe ich aus —, so sollte man meinen, wäre der Weg der Verbilligung des Verfahrens so einfach wie gegeben. Dem steht aber die Allgemeine Verfügung des Justizministers Schönstedt vom 6. Dezember 1890, also vor 33 Jahren ergangen, entgegen, die besagt, daß in Zivilprozessen der Kostenersparnis wegen „auswärtige“ Termine nicht abgehalten werden dürfen. Diese Verfügung aus der Kumpfkammer des alten Staates ist heute noch gültig und wird von den Aufsichtsinstanzen dem Gericht gegenüber zur Beachtung vorgehalten. Wehe der Reisekostenrechnung, die dagegen verstößt! Vor dem Rechnungshof des Oberlandesgerichtes findet sie keine Gnade und Anerkennung. Ja, wie Goethe im „Faust“ schon sagt, es erben sich Gesez und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.

In „Strafsachen“ ist es dem Gericht erlaubt und zur Pflicht gemacht, zum Zwecke der Kostenersparnis die Zeugen an Ort und Stelle, ihres Aufenthaltsortes, zu vernehmen. Hier ist das Verfahren um deswillen anders, weil der Fiskus von dem meist unbemittelten Angeklagten, mag dieser auch zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt werden, die bezahlten Zeugengebühren nicht zurückgestellt erhält. Wo es aber auf Kosten der Parteien geht, heißt es, verlangt es das Ansehen des Gerichts, daß am Gericht selbst die Vernehmung der Zeugen stattfindet. Auf den Unterschied dieser Verfahrensbehandlung nun mag sich der Leser selbst seinen Vers machen.

Bei dieser Gelegenheit sei aber zugleich auch auf andere Ueberbleibsel der alten Zeit hingewiesen, die wie eine Karikatur in unsere Tage hineinragen: Erhielt der Richter von der königlichen Justizkasse 6 — sechs — Mark und der Kanzleibeamte 4,50 — vier und eine halbe — Mark im Vierteljahr Aufwandsentschädigung, für die er sich seine Schreibmaterialien selbst beschaffen mußte, so hat der Freistaat diese Sätze vor etwa einem Jahre auf 12 bzw. 9 M., also das Doppelte, erhöht — und bei dieser förmlichen Bezahlung ist es denn geblieben! Man stelle endlich dem Kanzlisten und Richter seine Tinte, Federn und Papier, wie dem Sekretär, oder aber man zahle ihnen nach dem Tagespreis ihre Materialienkosten.

Ebenso wäre es dringend geboten, wenn sich die Volksovertretung auch einmal um die kärglichen Löhne kümmernte, die den Justizbeamten, meist den Justizwachmestern, für ihre Nebenarbeit des Aktensetzens außerhalb der Dienststunden und, was vorwiegend für die kleineren Gerichte gilt, für die Hausmeistergeschäfte, die er nicht ablehnen darf, gezahlt werden. Leistet ihm die Familie keine Hilfe — eine Puhfrau kann er mit dem Entgelt nicht entschädigen.

Wetter bis Donnerstag mittag. Bleimilch kühl, überlegend trübe mit weiteren im Nordosten noch vielwackeligen Regengüssen und frischen westlichen Winden, später im Westen zeitweise aufklarende.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Althe. Berlin-Nichterfeld; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einbinder: H. Glöck, Berlin. 1. Auflage.

Bel Nieren-, Blasen- und Frauenleiden, Harnsäure, Elweiß, Zucker.
1921 - 15000 Badegäste.

Wildunger Helenerquelle

Schriften und billigste Bezugsquellen durch Fürstl. Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen 29

Eigenheim-Siedlungs-Genossenschaft am Krummen See o. G. m. b. H.

Bilanj am 31. Dezember 1921. Haben

Grundstück	576 406,35	Baufonds-Rente	86 304,-
Gebäude	240 000,-	Zwischen-Kredit-Rente	516 000,-
Strecken	1 699,97	Reisekosten-Rente	1 120,-
Umsatzerlöse	427 130,18	Dispositionsfonds-Rente	1 645,45
Umsatzerlöse 4746,-	4 270,-	Rente-Renten-Rente	267 464,78
Abf.	4 270,-	da. Anteil	25 007,45
Umsatzerlöse 56 204,29	77 584,-	da. Grundst.	1 434 672,68
Abf.	8 620,29	Gewinn- und Verlust-Rechnung	750,33
Rasse	8 627,25		1 435 423,01
Wertpapiere	16 900,-		
Waren	272,02		
Rente-Renten-Rente	81 090,14		
da. Anteil	6 024,-		
	1 435 423,01		

Soll

Ein Verleib-Bertrag 1920	62 426,42	Der Anteil-Rente-Rente	75 827,-
Ein Ant.-Rente-Rente	4 402,-	Der Gelände-nachnahme-Rente	2 167,50
Ein Rente-Rente-Rente	116,30	Der Renten-Rente-Rente	8747,94
Ein Umsatzerlöse	474,-	Der Bon-Rente	24 471,80
Ein Anpflanzung-Abf.	8 620,29		
Ein Waren-Rente	395,76		
Ein Umsatzerlöse	34 016,94		
	110 464,31		
Ein Reingewinn	750,33		
	111 214,64		111 214,64

Berlin-Jessen, den 1. Januar 1922.

Städt. subv. Technikum Sternberg Weckl.

Maschinenbau Elektrotechnik Hochbau Tiefbau



10 000 Mk. f. Vorwärtstreb. und Erfinder

10 000 Mk. f. Vorwärtstreb. und Erfinder

Kauf, Anz. g. Verdienst, d. d. B. f. Ein neuer Geist, grat. d. F. Erman & Co. Berlin, Hallesche Str. 11.

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Sonnabend, den 22. Juli, Schluß meiner

8 Ausnahme-Tage in eleganten, gediegenen **Herren-Moden**

fertigt und nach Maß Trotz billigster Preise auf Wunsch **Zahlungserleichterung** Großes, reichhaltiges Stofflager!

Julius Fabian Große Frankfurter Str. 37 nur 11. Etage

Sport und Beruf

Reitbahnen, Rudern, Fußball, Kränze und sämtliche Artikel für Banberer, Landberger Straße 7, am Schützenplatz.

100 Küchen

i. d. modernsten Ausführungen. Ganz aparte Modelle, in weiß Emaillack und naturlackiert. Preiswert zum Einzelverkauf. Besichtigung lohnend!

Berliner Möbelhaus Moritz Hirschowitz Südost Skallitzer Straße 25, Hochbahn Köttbuser Tor.

Perser-Teppiche Klaviere, Flügel

hohe Preise, zahlr. neue, Patent 1. Karl 1914

Kriegsanleihe wird zu 8 1/2% nur gegen Legitimation in Zahlung genommen.

!!! Nie wiederkehrende Gelegenheit !!!

Schluß des Saison-Ausverkaufs kurz bevorstehend!

Preise steigen! Größte Eile geboten! Ende des Ausverkaufs 22. Juli! Niemand versäume die Gelegenheit!

Mohar-Persianermäntel 3900,-	Sealplüschmäntel sehr billig!
Astrachanmäntel 2000,-	Graue Pelz-Shlings-Jacken . . . 8750,-
Echte Pelzmäntel 6500, 9000, 11900, 15800, 22500, 36000 M.	
Herren-Gummimäntel 1800.- 2100.-	Damen-Gummimäntel 1500.-
Praktische Ulster 165.- 1575.-	Reinwollene Strickjacken 750.- 930.-
Kunstseidene Jumper 675.- 825.-	Reinwollene Strickkleider 825.- 975.-
Modellkostüme 2000.- 2700.- 3500.-	Röcke in Ausführung 495.- bis 675.-

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Juwelen-Ankauf

Gold-, Silbergegenstände, z. höchst. Auslandskurs Norddeutsches Credit-Haus G. m. b. H. Köthener Straße 20, part. am Potsdamer Platz. Geöffnet von 9-4 Uhr.